

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

33–34/2008 · 11. August 2008



Abstieg – Prekarität – Ausgrenzung

Klaus Dörre

Armut, Abstieg, Unsicherheit

Nicole Burzan

Die Absteiger: Verunsicherung in der Mitte der Gesellschaft

Berthold Vogel

Prekarität und Prekariat – Signalwörter neuer Ungleichheiten

Peter Bescherer · Silke Röbenack · Karen Schierhorn

Nach Hartz IV: Erwerbsorientierung von Arbeitslosen

Helga Pelizäus-Hoffmeister

Unsicherheiten im Lebensverlauf um 1900 und um 2000

Gero Neugebauer

Die Unterschicht und die Parteien

Editorial

Begriffe wie „Klassengesellschaft“, „Arbeiterklasse“ oder „Proletariat“ waren lange Zeit weitgehend aus dem öffentlichen Sprachgebrauch verschwunden. Fast schien es so, als gäbe es sie nicht mehr – Menschen, die in prekären Verhältnissen leben. Die heute als „Prekariat“ bezeichneten Betroffenen sind allerdings keine fest umrissene sozialstrukturelle Gruppe oder Klasse. Sie befinden sich in einer „Zwischenzone“, pendeln zwischen sicheren und unsicheren Sphären der Arbeitswelt hin und her. Auf unterschiedlichen Ebenen der Gesellschaft schlagen sich Menschen heute mit Minijobs, Praktika, Leiharbeit, befristeten, oft extrem niedrig bezahlten Tätigkeiten oder staatlicher Grundsicherung durch. Sozialwissenschaftler nennen sie „Grenzgänger am Arbeitsmarkt“.

Von dieser Entwicklung sind längst auch Kernbereiche der Arbeitsgesellschaft betroffen, die einst als sicher galten. Die seit einigen Jahren zu verzeichnende Erosion der gesellschaftlichen Mitte hat bei den Angehörigen dieser, die Gesellschaft stabilisierenden sozialen Großgruppe zu Verunsicherung geführt. Die Angst davor, die Arbeit zu verlieren und dann vielleicht zu jenen zu zählen, die nur noch von Unterstützungsleistungen leben, diszipliniert nicht nur, sie führt auch zur Entsolidarisierung.

Politikerinnen und Politiker sind aufgefordert, auf Ausgrenzungserfahrungen und Abstiegsängste der Menschen zu reagieren und ein Klima gesellschaftlicher Stabilität zu schaffen. Es gilt, dem sich ausbreitenden Gefühl, die Politik könne nichts ausrichten, tatkräftig entgegenzutreten: Wenn Politikverdruss nicht in Systemverdruss umschlagen soll, dann müssen sich die demokratischen Parteien stärker als bisher für eine integrative, dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit verpflichtete Politik einsetzen.

Katharina Belwe

Armut, Abstieg, Unsicherheit: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts

Essay

Man mag es drehen und wenden wie man will, die soziale Frage steht wieder auf der politischen Tagesordnung. Schien es noch in den 1990er Jahren so, als würden Verteilungskämpfe von den „Problemen der dicken Bäume“¹ überlagert oder gar verdrängt werden, so sind an der Jahrtausendschwelle

Klaus Dörre

Dr. phil., geb. 1957;
Professor für Arbeits-, Industrie-
und Wirtschaftssoziologie an
der Friedrich-Schiller-Universität
(FSU) Jena,
Carl-Zeiss-Straße 2,
07743 Jena.
Klaus.Dörre@uni-jena.de

Knappheit und Mangel als Konfliktherde wieder aufgeflammt. Für diese Entwicklung gibt es strukturelle wie subjektive Gründe. So kann kein Zweifel daran bestehen, dass die „großen“ sozialen Unterschiede zwischen Klassen und Schichten wieder an Bedeutung gewinnen. Und obwohl die Ungleichheiten in Deutschland noch immer weit geringer ausgeprägt sind als in den angelsächsischen Kapitalismen, ist Verunsicherung zur „dominante(n) gesellschaftliche(n) Grundstimmung“ geworden.² Konjunkturelle Belebung und Rückgang der Arbeitslosenzahlen haben daran bislang wenig geändert. Umso bemerkenswerter ist, wie Teile der Eliten, aber auch der Bevölkerung auf diese Entwicklung reagieren. Seit nunmehr 30 Jahren mit Massenarbeitslosigkeit und ihren Folgen konfrontiert, neigen sie noch immer zur Verharmlosung sozialer Verwerfungen.³

Von außen betrachtet erscheint der deutsche Fall daher als „paradox“.⁴ Denn eigentlich sind Reaktionen charakteristisch für Gesellschaften, die Armut und Prekarität erfolgreich marginalisieren. Solche Gesellschaften hatten sich im Westen in den Jahren der außergewöhnlichen Nachkriegsprosperität herausgebildet. Es entstand, was Karl Marx noch für undenkbar gehalten hatte: ein Kapitalismus „ohne industrielle Reservearmee“.⁵ So gelang es nicht nur, den prekären Charakter von Lohnarbeit mittels sozialer Rechte und garantierter Partizipationsansprüche zu entschärfen, sondern auch die Armut zu zähmen. Sie verschwand zwar nicht, erschien aber mehr und mehr als Problem gesellschaftlicher „Randschichten“. Der Anteil der Familien, die mit einem Einkommen unterhalb der relativen Armuts Grenze (weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens) auskommen mussten, lag 1962 in der Bundesrepublik noch bei elf Prozent; 1973 war er bereits um ein Drittel reduziert.⁶

„Marginale Armut“⁷ entfaltete sich im Wesentlichen außerhalb der tariflich und gesetzlich geschützten Lohnarbeit. Es handelte sich um eine Armut von Minderheiten mit großer Nähe zu den „sozial Verachteten“,⁸ den circa fünf Prozent am untersten Rand der Gesellschaft. Wenn auch nicht vollständig mit diesen Gruppen identisch, so entsprach der harte Kern der Armen doch jenen, die zu eigenständiger Existenzsicherung nicht fähig schienen und daher auf Fürsorgeleistungen der

¹ Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M. 1986, S. 4.

² Gero Neugebauer, Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007.

³ „Jeder Achte arm – und die Regierung zufrieden“, lautet eine bezeichnende Überschrift, die Reaktionen auf den jüngsten Armutsbericht kommentiert (FR vom 26. Juni 2008, S. 4).

⁴ Serge Paugam, Die elementaren Formen der Armut, Hamburg 2008, S. 282.

⁵ Vgl. Burkhard Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt/M.–New York 1984, S. 184 ff.

⁶ Vgl. Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, 2006⁶, S. 201 ff., hier: S. 205.

⁷ S. Paugam (Anm. 4), S. 164 ff.

⁸ Ralf Dahrendorf, Society and Democracy in Germany, New York 1967, S. 88.

Gesellschaft angewiesen waren.⁹ Diese Form der Armut gesellschaftlicher „Randschichten“ eignet sich bis heute hervorragend für individualisierende Problemdeutungen. Jener Mehrheit der Beschäftigten, für die Lohnarbeit zur Basis einer halbwegs stabilen, längerfristigen, zukunftsorientierten Lebensführung geworden war, galten die randständigen Armen in der Vergangenheit bestenfalls als Hilfsbedürftige. Häufig dienten die „Schmuddelkinder“ (Franz Josef Degenhardt) aber auch als Projektionsfläche für negative Klassifikationen und Schuldzuschreibungen. In jedem Fall befanden sich die Armen in einer eigenen Welt. Der Pauperismus – die Armut zur Zeit der Frühindustrialisierung – schien für die Mehrheiten in den Lohnarbeitsgesellschaften erledigt und allenfalls als Problem von Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen relevant.

Übergang zu „disqualifizierender Armut“

Dies hat sich gründlich geändert – und das nicht nur, weil die relative Armut schon zu Beginn des Jahrzehnts wieder das westdeutsche Niveau der 1960er Jahre erreicht hatte.¹⁰ Auch die integrierten Schichten werden inzwischen von den Folgen der rasanten Veränderungen erfasst. Das gesamte Projekt der „organisierten Moderne“, das in seinen unterschiedlichen Ausprägungen in Ost und West abhängige Erwerbsarbeit in ein gesellschaftliches Integrationsmedium verwandelt hatte, ist an seine Grenzen gestoßen. Mit dem Niedergang dieses Projekts zerfällt auch jenes Regime der „organisierten Zeit“, das es dem Gros der Lohnabhängigen erlaubt hatte, „eine langfristige Arbeit im Dienste eines Unternehmens in Zusammenhang mit bestimmten Einkommenszuwächsen zu bringen“. ¹¹ Zerfall bedeutet freilich nicht abruptes Verschwinden. In Deutschland befindet sich die Mehrzahl der Beschäftigten formal noch immer in geschützter Beschäftigung. Diese Mehrheit definiert die gesellschaftlichen Standards für Einkommen und Beschäftigungssicherheit. Das geschieht jedoch in einem ra-

dikal veränderten gesellschaftlichen Umfeld. Unter dem Druck von wirtschaftlicher Internationalisierung und deutscher Vereinigung hat sich der für den sozialen Kapitalismus prägende „Zug zur Mitte“ in eine neue Polarisierung von Arm und Reich verkehrt, so dass selbst konservative Zeitdiagnostiker von einer „neuen Klassengesellschaft“ sprechen.¹² In diesem Kontext vollzieht sich der Übergang von „marginaler“ zu „disqualifizierender Armut“. Davon betroffen sind in größerem Ausmaß zuvor integrierte Bevölkerungsteile, die aus der „produktiven Sphäre“ hinausgeschleudert werden und „hinsichtlich ihrer Einkommens-, Wohnungs- und Gesundheitssituation mit immer prekärer werdenden Situationen zu kämpfen“ haben.¹³

Drei Kristallisationspunkte von Prekarität

Angeichts dieser Entwicklung ist die soziale Frage weniger denn je ein exklusives Problem „sozialer Randschichten“. Und sie ist auch nicht identisch mit der Zunahme der Anzahl von Armen, deren Abstand zu den gesicherten gesellschaftlichen Positionen („Armutskluft“) beständig wächst. „Prekäre Situationen“ bündeln sich an mindestens drei Kristallisationspunkten: Am unteren Ende der sozialen Hierarchie befinden sich jene, die schon Karl Marx als „Überzählige“ der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft bezeichnet hatte.¹⁴ Zu ihnen gehört die Mehrzahl der ca. 7,4 Millionen (April 2007) Empfänger von Leistungen der Grundsicherung, unter ihnen 2,5 Millionen Arbeitslose und 1,3 Millionen abhängig Beschäftigte. Soweit arbeitsfähig, streben diese sozial und kulturell äußerst heterogenen Gruppen in ihrer großen Mehrheit nach Integration in eine reguläre Beschäftigung. Nur kleine Minderheiten, die keine realistische Chance auf Integration in reguläre Erwerbsarbeit haben, verwandeln den objektiven Mangel an Chancen in eine auch subjektiv gewollte Orientierung auf ein Leben jenseits von regulärer Arbeit. Zwar kann von einer Herausbildung ghettoartiger Subgesellschaften hierzulande noch keine Rede sein, aber es gibt durchaus Indizien für eine soziale

⁹ Vgl. Georg Simmel, Der Arme, in: ders., Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe Bd. 11, 1992, S. 512–555.

¹⁰ Vgl. R. Geißler (Anm. 6), S. 226.

¹¹ Richard Sennett, Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 2007, S. 24.

¹² Paul Nolte, Riskante Moderne. Die deutschen und der Neue Kapitalismus, München 2006, S. 96.

¹³ Vgl. S. Paugam (Anm. 4), S. 280.

¹⁴ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, Berlin 1973, S. 657 ff.

Vererbung von Armut und Arbeitslosigkeit in – nicht nur ostdeutschen – Problemregionen.¹⁵

Von den „Überzähligen“ im engeren Sinne lassen sich die eigentlichen „Prekari“ abgrenzen. Gemeint sind die zahlenmäßig und trotz konjunktureller Belebung expandierenden Gruppen, die über längere Zeiträume hinweg auf die Ausübung unsicherer, niedrig entlohnter und gesellschaftlich gering angesehener Arbeiten angewiesen sind. Die Zunahme nicht-standardisierter Beschäftigung auf weit mehr als ein Drittel aller Arbeitsverhältnisse ist dafür nur ein schwacher Indikator. Er verleitet zu Unterschätzung des Problems, weil er etwa die rasche Ausdehnung des Niedriglohnsektors nur unzureichend reflektiert. Inzwischen verdienen ca. 6,5 Millionen Menschen weniger als zwei Drittel des Medianlohns.¹⁶ 2006 traf dies bereits auf jeden siebten Vollzeitbeschäftigten zu. Die höchsten Anteile weisen Frauen (30,5 %) und gering Qualifizierte (45,6 %) auf. Doch rund drei Viertel aller Niedriglohnbeschäftigten verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder gar einen akademischen Abschluss.¹⁷ Dass die Aufwärtsmobilität im Niedriglohnsektor hierzulande trotz solcher Voraussetzungen rückläufig ist, spricht für eine Verstetigung prekärer Lagen.¹⁸

Ein weiterer, eher versteckter Kristallisationspunkt von Prekarität existiert innerhalb formal geschützter Beschäftigung. Gemeint ist die Angst vor Statusverlust, die relevante Teile der Arbeiter und Angestellten umtreibt. Solche Ängste entsprechen nicht unbedingt objektiven Bedrohungen; sie sind aber auch nicht bloßes Indiz übersteigerter Sicherheitsbedürfnisse. Standortkonkurrenzen, Tarifdumping, Reallohnverlust und interessenpolitischer Rückschritt, wie er in zahlreichen Betriebsvereinbarungen mit befristeten Be-

schäftigungsgarantien fixiert ist, nähren selbst im gewerkschaftlich organisierten Kern der Arbeitnehmer die Befürchtung, den Anschluss an die Mittelschichten zu verlieren. Zwar gibt es noch immer zahlreiche Indizien, die für eine erhebliche Stabilität der sozialen Mitte sprechen, aber Erosionsprozesse lassen sich kaum übersehen. So ist vom schwierigeren „Zugang zur gesellschaftlichen Mitte“ und einer Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse „gerade am Rand der gesellschaftlichen Mitte“ die Rede. Angesichts sinkender Einkommensvorsprünge und wachsender Arbeitsmarktrisiken seien Existenzängste selbst im abgegrenzten „Kern der gesellschaftlichen Mitte“ wenig verwundbar.¹⁹

Strategische Mitte verliert Subjekt

All dies zeigt, dass die Wiederkehr sozialer Unsicherheit²⁰ Erschütterungen auslöst, die weit über die sozialen Randschichten hinaus ausstrahlen. Der Kapitalismus ohne Reservearmee ist auch in Deutschland vorerst Geschichte; die damit verbundenen Folgen erreichen auch den geschützten Teil der Beschäftigten. Es sind vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter mit unregelmäßiger Beschäftigung und Lebensbedingungen deutlich unter dem „Durchschnitt der Klasse“, ²¹ deren bloße Präsenz die Festangestellten diszipliniert. Ein Bumerangeffekt gleich sorgt die Konkurrenz der Prekari dafür, dass die Stammbesetzungen ihre Festanstellung als Privileg empfinden, das es mit Zähnen und Klauen zu verteidigen gilt. Auch die Mobilisierung von Ressentiments gegen Andere, weniger Leistungsfähige, Arbeitslose und Arme kann dafür ein Mittel sein.

Ob gewollt oder nicht, das Bild einer Unterschicht, die sich – durch familiäre Verwahrlosung, Zielgruppenfernsehen, Bildungsdefizite und Billigkonsum homogenisiert – „zunehmend auch kulturell gegen Aufstiegschancen und Aufstiegswillen“ abschotte,²² leistet solchen Stigmatisierungen Vorschub. Es belebt die Urangst der Etablierten vor einem „Virus“, mit dem die sozial Deklassierten die „leistungswillige Mehrheit“ der Arbeitsgesellschaft zu infizieren drohen. Angesichts des Übergangs zu „disqualifizierender Armut“ ist das eine atavistische Reaktion. Denn just in einer

¹⁵ Vgl. den Beitrag von Peter Bescherer, Karen Schierhorn und Silke Röbenack in dieser Ausgabe.

¹⁶ Vgl. Gerhard Bosch/Claudia Weinkopf (Hrsg.), *Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland*. Frankfurt/M.–New York 2007.

¹⁷ Vgl. Thorsten Kalina/Achim Vanselow/Claudia Weinkopf, *Niedriglöhne in Deutschland*, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (SPW)*, (2008) 164, S. 20–24.

¹⁸ Vgl. Gerhard Bosch/Thorsten Kalina, Thorsten, *Niedriglöhne in Deutschland – Zahlen, Fakten, Ursachen*, in: G. Bosch/C. Weinkopf (Anm. 16), S. 42 ff.

¹⁹ Vgl. Martin Werding/Marianne Müller, *Globalisierung und gesellschaftliche Mitte. Beobachtungen aus ökonomischer Sicht*, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.), *Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland. Ein Lagebericht*, Frankfurt/M. 2007, S. 157.

²⁰ Vgl. Robert Castel/Klaus Dörre (Hrsg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt/M.–New York 2008 (i. E.).

²¹ Karl Marx (Anm. 14, S. 672) bezeichnete sie als „stagnanten“ Teil der Reservearmee.

²² P. Nolte (Anm. 12), S. 96 ff.

historischen Phase, in der die soziale Mitte zu erodieren beginnt, antworten Teile der Eliten und der Bevölkerung mit starkem kollektiven Widerstand gegen die offizielle Anerkennung von Armut und Prekarität. Die Umdeutung der sozialen Frage in ein bloßes Mentalitätenproblem passiver Leistungsempfänger bedient sich der – immer schon problematischen – Negativklassifikationen einer Gesellschaft, die so nicht mehr existiert. Sie verfehlt die spezifische Dynamik von Prekarisierungsprozessen, welche zunehmend auch zuvor saturierte Schichten in gesellschaftliche Nachbarschaft zu deklassierten Gruppen bringen.

Empfehlungen, die soziale Mitte müsse „als strategischer Akteur“ auftreten und sich fortgesetzter Umverteilungspolitik zugunsten der Schwachen widersetzen,²³ könnten daher fatale Konsequenzen zeitigen. Denn die induzierte Solidaritätsverweigerung gegenüber den vermeintlichen „Schmuddelkindern“ bedeutet in der Konsequenz häufig auch die Steigerung von Arbeitsmarkt- und Armutsrisiken für ehemals gesicherte Gruppen. Rekommodifizierende Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken, die vorgeben, die Interessen der sozialen Mitte durchzusetzen, erweisen sich schon jetzt als Katalysatoren einer sozialen Polarisierung, welche die akuten Repräsentationsprobleme des politischen Systems weiter verschärft. Insofern erreicht eine exkludierende „Politik der Mitte“ eher das Gegenteil von dem, was damit eigentlich beabsichtigt wird, denn dem „strategischen Akteur“ kommt zunehmend das Subjekt, die soziale Basis abhandeln.

Gegen letztlich Demokratie gefährdende Potentiale der Prekarisierung hilft vor politischen Maßnahmen vor allem eines: eine offene, aufklärerische Debatte über das Ausmaß und die Facetten der reaktualisierten sozialen Frage. Dazu gehört die Einsicht, dass die Lebensqualität auch der Angehörigen der sozialen Mitte in einer zwar reichen, jedoch von struktureller Arbeitslosigkeit geprägten Gesellschaft wesentlich davon abhängt, ob es gelingt, den Schwächsten der Gesellschaft ein Leben oberhalb einer „Schwelle der Respektabilität“ zu ermöglichen. Wer aus Furcht vor Imageschäden für Standort, Partei oder Regierung weiter auf Beschwichtigung setzt, zwingt die Betroffenen, nach neuen gesellschaftlichen Repräsentationen ihrer Probleme zu suchen. Der Übergang zu „disqualifizierender Armut“ verlangt nach realitätstauglichen Deutungen. Ohne angemessenes Problemverständnis wird in dessen jede noch so gut gemeinte Reformpolitik Stückwerk bleiben.

²³ Ebd., S. 144.

Nicole Burzan

Die Absteiger: Angst und Verunsicherung in der Mitte der Gesellschaft

Die steigende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit wie in der wissenschaftlichen Fachdiskussion für prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse – zuletzt etwa anlässlich des Entwurfs des 3. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung im Mai 2008 – hat den Blick

auch auf die Mitte der Gesellschaft geschärft und verändert. Den Hintergrund dafür bilden, um nur einige Stichworte zu nennen, Prozesse wie eine über lange Zeit steigende Arbeitslosigkeit, die Deregulierung von Erwerbsarbeit, beispielsweise im Hinblick auf Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitszeiten, oder die Krise des Sozialstaats. Immer mehr Menschen geraten in Lebensverhältnisse, die prekär oder mit einem sozialen Abstieg verbunden sind, womit es zugleich zu einer Erosion der Vorstellungen von Normalität und Sicherheit in mittleren sozialen Lagen kommt. Nicht nur diejenigen, die bereits selbst Abstiegserfahrungen erleiden mussten oder ohne aussichtsreiche Zukunftsperspektiven von Armut betroffen sind, können als Problemgruppe identifiziert werden, sondern auch diejenigen, die zwar nicht luxuriös leben, aber immerhin noch etwas zu verlieren haben. Durch Prozesse wie den der so genannten „Subjektivierung von Arbeit“ geraten die Erwerbstätigen zunehmend unter Druck, sich unter schwierigen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt bestmöglich

Nicole Burzan

Dr. rer. soc., geb. 1971; Professorin für Soziologie an der Technischen Universität Dortmund, Institut für Soziologie, Emil-Figge-Str. 50, 44221 Dortmund. nburzan@fb12.uni-dortmund.de www.fb12.uni-dortmund.de/iso/lehrgebiet-soziologie

vermarkten zu müssen. Die gewachsene Verantwortung geht jedoch nicht mit einer entscheidenden Rückgewinnung von Sicherheit einher, mit der „richtigen“ Strategie den eigenen Status aufrechterhalten zu können. Nachdem Menschen in mittleren sozialen Lagen in den vergangenen Jahrzehnten von der wirtschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung profitiert haben, machen sie sich nun zunehmend Sorgen etwa darüber, ob sie ihren Lebensstandard werden halten können, ob sie arbeitslos werden und dann auch ihre Altersversorgung in Gefahr gerät oder ob sie ihren Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen können. Solche Ängste vor dem Statusverlust sind keinesfalls ohne reale Folgen, im Gegenteil: Subjektive Perspektiven stehen in komplexen Wechselwirkungen unter anderem mit tatsächlichen Mobilitätsprozessen.

Der Beitrag untersucht zunächst, was die „Mitte“ der Gesellschaft kennzeichnet, bevor der Fokus ausdrücklich auf unterschiedliche Abstiegsprozesse sowie den Zusammenhang mit subjektiven Verunsicherungen und Abstiegsängsten gerichtet wird. Ein Ausblick beschäftigt sich mit Folgerungen, welche die Ungleichheitstheorie aus diesen Phänomenen ziehen könnte.

Die Mitte der Gesellschaft

Die gesellschaftliche Mitte hat sich im Sinne etwa des Berufsstatus¹ und Einkommens in den vergangenen Jahrzehnten ausgeweitet. Dies ging mit der Bedeutungszunahme des Dienstleistungssektors einher, der viele Arbeitsplätze in der „Mitte“ geschaffen hat. In einer Studie des Ifo-Instituts mit Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) von 1984 bis 2004 wird dieser Trend bestätigt:¹ Während diejenigen mit mindestens mittlerer beruflicher Qualifikation und einer Berufsstellung als Angestellte, Beamte oder kleinere Freiberufler und Selbständige mit nicht-manueller Tätigkeit 1984 34 Prozent der Erwerbstätigen ausmachten, waren es 2004 rund 45 Prozent. Allerdings ist ab 2002 ein leichter Rückgang des Anteils zu verzeichnen, während sich gleichzeitig der Anteil derer, die zwar eine der Mitte entsprechende Qualifikation, aber keine entsprechende berufliche

Stellung oder Tätigkeit innehaben, leicht erhöht hat. Die Arbeitslosenquote in dieser so definierten Mitte liegt trotz einer geringfügigen Erhöhung in den 1990er Jahren nach wie vor nur bei rund drei Prozent. In Ostdeutschland fällt sie etwas höher aus als in Westdeutschland, ist aber gegen den regionalen Gesamttrend sogar leicht gesunken. Dies bedeutet nicht, dass Menschen in mittleren sozialen Lagen kaum arbeitslos werden, sondern dass insbesondere die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit unter dem Durchschnitt liegt. Arbeitslose aus der Mittelgruppe finden also eher wieder eine Anstellung. Dagegen liegt die Arbeitslosenquote derjenigen mit mindestens mittlerer Qualifikation, aber ohne entsprechende berufliche Stellung deutlich über dem Durchschnitt, in Westdeutschland zeitweise sogar über der Quote der Geringqualifizierten. Schließlich erzielt die gesellschaftliche Mitte insgesamt nach wie vor überdurchschnittliche Einkommen, doch gibt es Hinweise, denen zufolge der Abstand zum Durchschnitt in jüngerer Zeit abnimmt.

Die Befunde enthalten insgesamt deutliche Warnzeichen – die Autoren des Ifo-Instituts sprechen von Anzeichen für Erosionen am Rande der Mitte –; allerdings sind sie nicht als drastischer Wandel im Sinne eines dramatischen Abbaus der Mitte insgesamt zu interpretieren. Dies bestätigen auch Zahlen, die von einer gesellschaftlichen Mitte als einer Einkommensmitte sprechen.

Im dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung² wird die „Mittelschicht“ durch Haushalte definiert, die zwischen 75 Prozent und 150 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung haben. Zwischen 2002 und 2005 nahm deren Anteil von 53 Prozent auf 50 Prozent der Haushalte ab, was teilweise konjunkturell bedingt war. Mit der Verkleinerung der Einkommensmittelschichten geht zudem eine Abnahme des Anteils an Vollzeitbeschäftigten sowie an klassischen Familienhaushalten (Paare mit Kindern) in dieser Einkommenslage einher.³ Zugleich hat sich die Einkom-

¹ Vgl. Marianne Müller/Martin Werding, Zur Lage der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland, in: Ifo-Schnelldienst, 60 (2007) 9, S. 25–30.

² Vgl. Bundesregierung, Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Entwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 19. 5. 2008, insbes. S. 17 f., S. 21 ff., S. 293 f.

³ Vgl. Markus M. Grabka/Joachim R. Frick, Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauer-

mensungleichheit in diesem Zeitraum etwas erhöht (gemessen am so genannten Gini-Koeffizienten¹⁴), das heißt, die Anteile der Haushalte sowohl am oberen als auch am unteren Ende der Verteilung sind gestiegen. Dementsprechend nahm auch die Einkommensarmut leicht zu, je nach Datengrundlage in unterschiedlich ausgeprägter Form. Auf der Basis einer europäischen Gesamtstatistik (EU-SILC) hat sich das Armutsrisiko (Haushalte, die weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung haben) erhöht, und zwar von 2004 auf 2005 um einen Prozentpunkt auf 13 Prozent. Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden ist dabei überdurchschnittlich hoch (24 Prozent), was darauf hinweist, dass nicht nur etwa geringe Qualifikation oder länger andauernde Arbeitslosigkeit vorrangig zu Armut führen, sondern auch Risiken, die Angehörige mittlerer Statusgruppen in bestimmten Lebenssituationen ebenso betreffen können wie Angehörige anderer Bevölkerungsgruppen.

Hinsichtlich ökonomischer Zukunftsperspektiven vertreten beispielsweise die Autoren der Studie „Deutschland 2020“ von McKinsey&Company die Auffassung, dass ein Wirtschaftswachstum von mindestens drei Prozent möglich, aber auch erforderlich sei, um die Mittelschichten, das heißt die Lebens- und Sozialstandards breiter Bevölkerungsteile, nicht zu gefährden.¹⁵

Die Zahlen bieten also einerseits die Basis für die Feststellung einer noch vergleichsweise hohen Stabilität in der „Mitte“ der Gesellschaft, jedenfalls auf der Abstraktionsebene der Gesamtbevölkerung. Andererseits sind Krisensymptome erkennbar, die bei der Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen durchaus ernst zu nehmen sind. Ein Deutungsspielraum bleibt also, daher sollen im Folgenden Abstiegsprozesse genauer betrachtet werden.

Absteiger und Abstiegsprozesse

Das Ausmaß sozialer Mobilität sagt etwas über die Offenheit einer Gesellschaft aus. So-

haften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, in: DIW Wochenbericht, 75 (2008) 10, S. 101–108.

¹⁴ Gini-Koeffizient: Statistisches Maß zur Darstellung von Ungleichverteilungen.

¹⁵ Vgl. www.mckinsey.de/html/profil/initiativen/d2020.asp (7. 5. 2008).

ziale Mobilität bedeutet dabei natürlich nicht allein den horizontalen Wechsel auf der gleichen Statusebene oder sozialen Aufstieg, sondern schließt auch die Möglichkeit des sozialen Abstiegs ein, entweder im Vergleich zur Elterngeneration oder im eigenen Lebenslauf. In Westdeutschland hat die Mobilität über die letzten 50 Jahre hinweg betrachtet leicht zugenommen, insbesondere die Aufstiegschancen sind langfristig gesehen größer geworden. Für Ostdeutschland ging die Vereinigung mit einer drastischen Mobilitätszunahme zu Beginn der 1990er Jahre einher, häufig im Sinne eines sozialen Abstiegs, später waren Annäherungen an westdeutsche Mobilitätsmuster zu beobachten.¹⁶ Betrachtet man die Einkommensmobilität in Deutschland in jüngerer Zeit, so ist diese seit dem Jahr 2000 leicht angestiegen. Bei einer Aufteilung der Bevölkerung in so genannte Einkommensquintile, also vom ärmsten bis zum wohlhabendsten Fünftel, zeigt sich für das mittlere Quintil: Von denjenigen, die 2001 dort zuzuordnen waren, sind rund 43 Prozent auch im Jahr 2004 hier wiederzufinden. Dies bedeutet eine Stabilitätszunahme gegenüber dem Zeitraum 1997 bis 2000 (38 Prozent), wobei diese eher auf geringere Aufstiege in höhere Einkommensschichten zurückgeht als auf eine deutliche Reduzierung der Abstiege. Immerhin: In dieser Perspektive von Mobilität ist nicht von sprunghaft ansteigender Abwärtsmobilität auszugehen (im Vergleich 2001 bis 2004 waren es 31,5 Prozent gegenüber 32,9 im Zeitraum von 1997 bis 2000, die abgestiegen sind).¹⁷ Weitet man die Einkommensmitte aus auf diejenigen Haushalte mit 70 bis 150 Prozent des Durchschnittseinkommens, ergeben sich ähnliche Tendenzen.¹⁸

Ergebnisse anderer Studien stützen diese Befunde. Jürgen Schiener etwa konstatiert, dass Mobilitätsprozesse Ende der 1990er

¹⁶ Vgl. Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, Wiesbaden 2006⁴, S. 256–259, S. 268–271.

¹⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006, S. 620–623.

¹⁸ Vgl. M. M. Grabka/J. R. Frick (Anm. 3): Die Vergleichszeiträume dort sind 1996/2000 und 2002/2006. Von den 2002 der Mittelschicht Zugeordneten befanden sich 2006 75 Prozent wiederum in der Einkommensmitte, rund 14 Prozent darunter und 11 Prozent darüber. Im Vergleichszeitraum 1996/2000 waren 11 Prozent aus der Mittelschicht ab- und knapp 10 Prozent aufgestiegen.

Jahre ebenso stark vom Ausgangsstatus abhängen wie zehn Jahre zuvor.⁹ Die Resultate von Petra Böhnke bekräftigen, dass Dauerarbeitslosigkeit und Armut nach wie vor in der Hauptsache in unteren Statuspositionen konzentriert sind.¹⁰ Die Gefahr, abzusteigen und dann auch dort zu verweilen, ist also nicht unabhängig davon, in welcher Schicht jemand sich zuvor befand, viel größer geworden. In der gesellschaftlichen Status-Mitte zu leben, bietet mit anderen Worten nach wie vor einen gewissen Schutz vor dauerhaftem Abstieg. Bevor ich im Folgenden argumentiere, dass diese Befunde nun keinen Anlass zur weitgehenden Entwarnung bieten, was die Situation in der Mitte der Gesellschaft betrifft, möchte ich in Bezug auf soziale Abstiege einen weiteren Aspekt betonen: Abstiege unterscheiden sich deutlich in ihren Konsequenzen für die dauerhafte Lebenssituation. Quantitative Mobilitätsraten können leicht den Blick auf die Tatsache verstellen, dass es etwa auch vom Start- und Zielpunkt oder von der Verbleibsdauer in unteren Statusgruppen abhängt, welche Bedeutung soziale Abstiege für die Lebenslage der Einzelnen haben. Vier heterogene Beispiele aus der Forschung zeigen erste Schlaglichter zu Abstiegsprozessen mit ihren Bedingungsfaktoren sowie objektiv und subjektiv erlebten Folgen auf, noch ohne diese systematisch in einem Modell zusammenzuführen. Damit soll nicht der Anspruch erhoben werden, ein theoretisches Modell vorzustellen, welches Abstiegsprozesse mit ihren Bedingungsfaktoren und objektiven sowie subjektiv erlebten Folgen in einen systematischen Zusammenhang stellen könnte.

Beispiel 1: Martin Schmeiser¹¹ untersucht Abstiegsprozesse schweizerischer Akademikerkinder, die einen geringeren Status als ihre Eltern oder ihr Vater innehaben. In der qualitativen Studie stehen nun gerade nicht Menschen im Mittelpunkt, die einkommensarm, sondern teilweise sogar am oberen Rand der Mittelschicht angesiedelt sind. Ein Befragter ist beispielsweise der Sohn eines Arztes, der zunächst eine Handelsschule als kaufmännischer Angestellter verlässt, nach vielen Tätigkeitswechseln später das Abitur nachholt, ein Medizinstudium abbricht und sich schließlich erst auf einer Fachhochschule, dann auf einer privaten Schule zum Betriebsökonom weiterbildet. Mit 40 Jahren ist er im mittleren Kader eines großen Unternehmens tätig. Dieser berufliche Verlauf entspricht nicht der Assozia-

tion, die man im Alltag in der Regel mit sozialem Abstieg verknüpft, sie scheint wenig problematisch zu sein im Hinblick darauf, den Lebensunterhalt zu bestreiten und in gesellschaftliche Zusammenhänge integriert zu sein. Dennoch handelt es sich hier um einen intergenerationellen Abstieg, und Schmeiser betont zudem, dass die Erwartung an einen sozialen Statuserhalt im akademischen Herkunftsmilieu insgesamt sehr groß ist und für die Kindergenerationen einen entsprechend großen Druck erzeugt. Dieser Druck des Statuserhalts lässt sich heute vergleichbar und verstärkt in der Mittelschicht insgesamt wieder finden.

Beispiel 2: Matthias Pollmann-Schult¹² befasst sich mit einer speziellen Gruppe von Erwerbstätigen, und zwar jenen, die aus eigener Initiative den Arbeitsplatz wechseln. In der Folge hat schichtübergreifend ein nennenswerter Anteil dieser Menschen (knapp ein Fünftel sowohl bei Männern als auch bei Frauen) einen Arbeitsplatz inne, der schlechter bezahlt wird als der vorige. Allerdings geht mit diesem sozialen Abstieg in Bezug auf die berufliche Position und das Einkommen sowie auf die vergleichsweise schlechten Aufstiegschancen oft eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen einher. Dies betrifft beispielsweise Arbeitsbelastungen, die geringer, oder Arbeitszeiten, die günstiger werden. Bei einem Wechsel auf einen statusähnlichen Arbeitsplatz müssen dagegen häufiger verschlechterte Arbeitsbedingungen und -zeiten in Kauf genommen werden, was den Erfolg des Statuserhalts etwas relativiert. Entsprechend nimmt Pollmann-Schult seine Studie als Anlass für ein Plädoyer, nicht allein monetäre Aspekte von Erwerbsverläufen und insbesondere von sozialen Abstiegen zu betrachten. Dies gilt allgemein für Mobilitätsprozesse, aber insbesondere auch für die mittleren Lagen, in denen der Statuserhalt zumindest subjektiv oft als gefährdet beurteilt wird.

Dass sich bei diesen Beispielen teilweise auch vergleichsweise weniger problematische Elemente des sozialen Abstiegs zeigen, soll diese Prozesse keineswegs verharmlosen. Denn auch für überwiegend negativ konnotierte Abstiegsverfahren finden sich eindeutige Belege in der empirischen Forschung, von denen im Folgenden zwei illustrativ herausgegriffen werden. Beispiel 3 symbolisiert gewissermaßen die Angstvorstellung der Angehörigen der gesellschaftlichen Mitte vor der Abstiegsmobilität, wenngleich es sich hier um Abstiege aus bereits benachteiligten Ausgangspositionen handelt. Beispiel 4 schildert einen Abstieg aus der Mitte heraus.

⁹ Vgl. Jürgen Schiener, *Bildungserträge in der Erwerbsgesellschaft*, Wiesbaden 2006, S. 125.

¹⁰ Vgl. Petra Böhnke, *Marginalisierung und Verunsicherung. Ein empirischer Beitrag zur Exklusionsdebatte*, in: Heinz Bude/Andreas Willisch (Hrsg.), *Das Problem der Exklusion*, Hamburg 2006, S. 97–120.

¹¹ Vgl. Martin Schmeiser, „Missratene“ Söhne und Töchter: Verlaufsformen des sozialen Abstiegs in Akademikerfamilien, Konstanz 2003.

¹² Vgl. Matthias Pollmann-Schult, *Ausmaß und Struktur von arbeitnehmerinduzierter Abstiegsmobilität*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 58 (2006) 4, S. 573–591.

Beispiel 3: In der viel beachteten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu politischen Milieus¹³ findet sich mit dem „Abgehängten Prekariat“ (Anteil acht Prozent) ein Milieu, in dem viele Menschen – vor allem Männer, eher aus Ost- als aus Westdeutschland – bereits Abstiegs Erfahrungen machen mussten. Ihre schlechte Lebenssituation (unter anderem niedriges Einkommen, oft Schulden und geringer familiärer Rückhalt sowie häufig Arbeitslosigkeit) beruht also nicht allein auf der aktuellen Lage, sondern auch auf dem Abstiegsverlauf, wobei sie meist schon hinsichtlich ihrer Ausgangsposition (überwiegend einfache bis mittlere Schulbildung) im unteren Statusbereichen lagen. Zudem gehen mit diesem Verlauf pessimistische Zukunftsaussichten einher. Dass diese Abstiege nicht einfach Pech oder individuellem Versagen zugerechnet werden können – und dies in der subjektiven Einschätzung auch nicht geschieht –, zeigt sich beispielsweise daran, dass sich ein Anteil von 39 Prozent im so genannten abgehängten Prekariat als Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung empfindet. Im Durchschnitt aller Milieus sind es dagegen lediglich 14 Prozent.

Beispiel 4: Franz Schultheis und Kristina Schulz präsentieren Lebensläufe und aktuelle Lebenssituationen von Betroffenen in einer „brüchigen Arbeitswelt“.¹⁴ Sie legen damit die deutsche Replikation einer Studie vor, die Pierre Bourdieu und seine Mitarbeiter Anfang der 1990er Jahre in Frankreich publiziert hatten, in der diese die Misere – so ein Begriff im Buchtitel – verschiedener prototypischer Fälle ausführlich darstellten, etwa von Jugendlichen in Pariser Vororten mit wenig aussichtsreicher beruflicher Zukunft. Solche Misere, Brüche und Abstiegsverläufe lassen sich, wie Schultheis und Schulz zeigen, auch in Deutschland finden und unterstreichen die prekäre Lebenssituation vieler gesellschaftlicher Gruppen, etwa Leiharbeiterinnen und -nehmerinnen oder Verlierer der deutschen Vereinigung. Zu den ausgewählten Fällen gehören auch solche, die in der gesellschaftlichen Mitte angesiedelt sind oder waren. Beispielsweise beschreiben die Autoren die

„Sackgassenkarriere“¹⁵ einer 36-jährigen promovierten Literaturwissenschaftlerin, die nach einer mehrjährigen Auslandstätigkeit als Lektorin seit ihrer Rückkehr nach Deutschland vor eineinhalb Jahren noch nicht wieder beruflich Fuß fassen konnte. Trotz intensiver Bemühungen hat sie zwar einige freiberufliche Aufträge auf Honorarbasis bekommen, jedoch ist eine Festanstellung nicht in Sicht. Die hohen Investitionen in ihre eigene Bildung bzw. Ausbildung scheinen vergeblich gewesen zu sein, was nicht nur ökonomische Probleme schafft, sondern die Überzeugung der Frau, dass sich Bildungsinvestitionen lohnen werden (und so auch rechtfertigten, dass sie latente Kinderwünsche zurückgestellt hat) grundlegend erschüttert. Ob sich ihre Karriere langfristig als Sackgasse erweist, steht zum jetzigen Zeitpunkt zwar noch nicht endgültig fest, aber die immerhin schon eineinhalbjährige Arbeitssuche demonstriert die prekäre Lebenslage dieser Akademikerin.¹⁶

In den Beispielen deutet sich ein wichtiger Aspekt bereits an: Bei Abstiegs Erfahrungen sind nicht allein materielle bzw. objektive Komponenten der Lebenslage ausschlaggebend, vielmehr kommt als wesentlicher Bestandteil die subjektive Sicht auf die eigene Situation hinzu. Diese Perspektive stellt potenziell auch dann ein sozial ernstzunehmendes Problem dar, wenn sich die Befürchtung eines möglichen Abstiegs (zunächst) nicht erfüllt.

Verunsicherung in der Gesellschaftsmitte

Da die Perspektive auf die subjektiv verunsicherte Mitte der Gesellschaft und die damit einhergehenden Folgen in der deutschsprachigen Diskussion erst in den vergangenen Jahren systematischer aufgenommen wurde, gibt es bislang kaum groß angelegte empirische Studien zu diesem Phänomen. Schlaglichtartig können allerdings wichtige Befunde hierzu herausgestellt werden: Petra Böhnke¹⁷ etwa belegt auf der Basis des Wohlfahrtssurveys, dass von einer Verunsicherung der Mittelschichten über ihre künftigen Lebensumstände ausgegangen werden kann. Zwar ist beispiels-

¹³ Vgl. Gero Neugebauer, *Politische Milieus in Deutschland*, Bonn 2007. *Anmerkung der Redaktion:* Siehe auch den Beitrag des Autors in diesem Heft.

¹⁴ Franz Schultheis/Kristina Schulz (Hrsg.), *Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag*, Konstanz 2005.

¹⁵ Ebd., S. 311.

¹⁶ *Anmerkung der Redaktion:* Vgl. zu diesem Beispiel auch den Beitrag von Helga Pelizäus-Hoffmeister in diesem Heft.

¹⁷ Vgl. P. Böhnke (Anm. 10).

weise nach wie vor in den unteren Einkommensgruppen die Angst vor Arbeitslosigkeit am größten, doch hat diese Angst im Laufe der vergangenen Jahre bei den Mittelschichten am deutlichsten zugenommen. Ähnlich nahm im Laufe der 1990er Jahre die Konfliktwahrnehmung (z. B. zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen) zu, und die Absicherung durch staatliche Versorgungssysteme wird mit zunehmender Sorge beurteilt. Böhnke zieht daher als Fazit: „Auch die gesellschaftliche Mitte (. . .) ist nicht mehr frei von Destabilisierungstendenzen.“¹⁸ Auch ohne Betroffenheit von sozialer Ausgrenzung bzw. Exklusion geht damit eine potenzielle Einschränkung von Lebensqualität einher: So kann etwa der Verlust an Sicherheit die Karriere- und Familienplanung belasten. Weitere Folgen auf das Handeln sind bedenkens- und erforschenswert, beispielsweise, ob sich diese Verunsicherung auf das Ausmaß und die Art (beispielsweise Radikalität) politischer Teilhabe auswirkt.

Solche Verunsicherungen finden in weiteren empirischen Untersuchungen Bestätigung. In der erwähnten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu politischen Milieus¹⁹ ist es bezeichnenderweise neben dem Prekariat insbesondere ein Milieu aus dem mittleren Statusdrittel, die „bedrohte Arbeitnehmermitte“ (Anteil 16 Prozent), in dem eine starke Verunsicherung hinsichtlich des eigenen Lebens und der Zukunft der Kinder herrscht. Überdies hat nach repräsentativen Umfrageergebnissen des Sozioökonomischen Panels (SOEP)²⁰ der Anteil derjenigen in der Mittelschicht²¹ deutlich zugenommen, die sich „große Sorgen“ um ihre eigene wirtschaftliche Situation machen: allein seit dem Jahr 2000 um 11 Prozentpunkte auf einen „historischen Höchststand“ von mehr als 26 Prozent im Jahr 2005.²² Auch die konjunkturelle Erholung ließ das Ausmaß an „großen Sorgen“ 2006 und 2007 nur leicht zurückgehen.

Michael Vester²³ fügt einen weiteren Aspekt der subjektiven Perspektive hinzu,

indem er milieuspezifische Überlegungen anstellt. Dazu entwirft Vester ein Gesellschaftsmodell von Milieus, die vertikal übereinander (auf einer Herrschaftsachse), aber auch horizontal nebeneinander (auf einer Achse von avantgardistischen bis autoritären Grundhaltungen) angesiedelt sind. Unterschiedliche Milieus reagieren danach unterschiedlich auf unsichere Lebenssituationen bzw. Zukunftsperspektiven. Das zeigt nochmals deutlich, dass subjektive Perspektiven durchaus in bedeutender Weise sozial mitbedingt sind. Im Einzelnen hebt Vester hervor, dass sich Milieus der respektablen Arbeitnehmermitte durch ein besonderes Pflicht- und Arbeitsethos auszeichnen. „Gerade dadurch sind sie meist weit weniger flexibel und nun gerade gefährdet (. . .) dieses Kapital der Ehre war in den Jahren des Wirtschaftswachstums ihr Erfolgsrezept. Heute ist es oft ein Problem.“²⁴

Im oben skizzierten Beispiel der promovierten Literaturwissenschaftlerin mit Gelegenheitsjobs spiegelt sich dieses Prinzip deutlich: Das habituell verankerte Vertrauen auf den Nutzen ihres Bildungskapitals, das durch die soziale Herkunft aus einem Lehrerhaushalt unterstützt wurde, ist verknüpft mit Schwierigkeiten, etwa durch eine radikale Umorientierung auf ihre berufliche Situation zu reagieren. Sie hofft weiterhin auf den Erfolg ihrer Bewerbungen und damit einen längerfristigen Gewinn an Sicherheit, überlegt parallel, vielleicht – aber dies eher aus persönlichen Gründen, einem Freund in Frankreich – ins Ausland zurückzukehren und sich dort weiter zu bewerben. Unterprivilegierte Milieus dagegen sind – so Vester – teilweise durch seit Generationen eingeübte Strategien der flexiblen Gelegenheitsorientierung auf Unsicherheiten im Vergleich immerhin etwas besser vorbereitet. Die milieuspezifischen Handlungsstrategien, die sich aus subjektiven Perspektiven ergeben, haben somit neben anderen Einflussfaktoren eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung für den weiteren Berufsverlauf. Damit ist nicht impliziert, einer „falschen“ Strategie der Akteure die Verantwortung dafür zuzuschreiben, dass sie ihren Status möglicherweise nicht aufrechterhalten bzw. verbessern konnten, gemeint ist vielmehr die Bedeutung der subjektiven Perspektiven als Analysekategorie, um ein

in der Krise des deutschen Sozialmodells, in: H. Bude/ A. Willisch (Anm. 10), S. 243–292.

²⁴ Ebd., S. 273.

¹⁸ Ebd., S. 117.

¹⁹ Vgl. G. Neugebauer (Anm. 13).

²⁰ Vgl. M. M. Grabka/ J. R. Frick (Anm. 3).

²¹ Die Mittelschicht ist hier definiert als Haushalte mit 70 bis 150 Prozent vom Median des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens.

²² Vgl. M. M. Grabka/ J. R. Frick (Anm. 3), S. 107.

²³ Michael Vester, Der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Zumutungen und Bewältigungsstrategien

komplexes Bild der Wechselwirkungen von Mobilitätsprozessen und Verunsicherung gewinnen zu können.

Ausblick

Prekarisierung und Verunsicherung in der Mitte der Gesellschaft stimmen nicht nur die Akteure auf dem Arbeitsmarkt oder in der Politik nachdenklich. Auch die mit der Ungleichheitstheorie befassten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die unter anderem Modelle über zentrale Ungleichheitsmerkmale in modernen Gesellschaften entwickeln, stehen vor der Aufgabe, diese Prozesse in ihre Ansätze zu integrieren.¹²⁵ Dabei erwies es sich seit Beginn der Ungleichheitsforschung als schwierig, mehrere relevante Ungleichheitsdimensionen in ein Verhältnis zueinander zu setzen: Welche sind zum Beispiel zentral, welche eher abgeleitet oder sekundär? Ohne eine solche Verhältnisbestimmung droht die Gefahr, vielfältige Ungleichheitsphänomene lediglich deskriptiv zu beschreiben. Eine theoretische Integration dagegen fällt der Ungleichheitstheorie jedoch nach wie vor schwer, was sich zum Beispiel am Ungleichheitsmerkmal Geschlecht zeigt. Schichtmodelle etwa setzen nach wie vor eher auf den Beruf oder die Bildung als aussagekräftigste Merkmale. Milieumodelle könnten ein aussichtsreiches Potenzial bieten, im Kontext grundsätzlicher Werthaltungen und Handlungsorientierungen auch Verunsicherung und damit zusammenhängende Prozesse im Zeitverlauf zu berücksichtigen, ohne dabei Konflikt- und Machtverhältnisse auf einer vertikalen Ebene zu vernachlässigen. Bislang ist eine solche Integration allerdings noch nicht systematisch erfolgt. Ein tieferes Verständnis von Abstiegsprozessen und damit verbundenen Perspektiven stellt jedoch eine wichtige Voraussetzung dafür dar, die Bedeutung der Phänomene, die derzeit in der Mitte der Gesellschaft zu beobachten sind, angemessen einschätzen sowie politische Schlussfolgerungen daraus ziehen zu können.

¹²⁵ Vgl. Nicole Burzan, Prekarität und verunsicherte Gesellschaftsmitte. Konsequenzen für die Ungleichheitstheorie, in: Robert Castel/Klaus Dörre (Hrsg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 2008 (i. E.).

Berthold Vogel

Prekarität und Prekariat – Signalwörter neuer sozialer Ungleichheiten

Gibt es noch ein Proletariat? wurde Ende der 1960er Jahre in einer Sendereihe des Bayerischen Rundfunks gefragt. Die Beiträge zu dieser Sendung sind in einem kleinen und heute immer noch sehr lesenswerten Aufsatzband dokumentiert.¹ Antworten auf diese Frage lieferten bekannte Autoren wie der Göttinger Soziologe Hans Paul Bahrdt oder der links-katholische Publizist Walter Dirks. Im Ergebnis vertraten sie mehr oder weniger

einheitlich die Auffassung, dass zwar die Verelendung – die Proletarisierung – breiter Bevölkerungsgruppen der Vergangenheit angehöre, aber viele abhängig Beschäftigte immer noch ein Leben am Rande des Existenzminimums und in ökonomischer Unsicherheit führten. Daran habe auch der umfangreiche Ausbau sozialer Sicherungssysteme in den Nachkriegsjahrzehnten nichts geändert. Vielmehr seien im Zuge der Expansion des Wohlfahrtsstaates für die arbeitenden Klassen sogar neue Formen der Abhängigkeit von Institutionen und Apparaten entstanden. Die politische Hausaufgabe des 19. Jahrhunderts – die Aufhebung der Proletarität der Arbeiterschaft, die aus unterschiedlichen Motiven und in grundverschiedener Sprache, aber in ähnlicher Intensität von Papst Leo XIII. oder Karl Marx gestellt wurde – konnte nach Überzeugung der Autoren des zitierten Bandes bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhun-

Berthold Vogel

Dr. disc.pol., geb. 1963; Projektleiter am Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 20148 Hamburg.
berthold.vogel@his-online.de

¹ Vgl. Marianne Feuersenger, Gibt es noch ein Proletariat?, Frankfurt/M. 1972.

derts hinein noch nicht befriedigend gelöst und bewältigt werden.

Und heute? Sicher würde aktuell kaum jemand die Frage nach der Existenz des Proletariats stellen. In unseren Breitengraden rechtlich gesicherter und staatlich organisierter Wohlstandsgesellschaften ist die Frage nach der Existenz und Wirkkraft der sozialen Klasse der Proletarier von der gesellschaftspolitischen Agenda verschwunden. Doch das gilt nicht nur mit Blick auf das ganz und gar unzeitgemäße Reizwort des Proletariats, das vom Geist klassenkämpferischer Tage umweht wird. Bemerkenswerterweise ist die Arbeiterschaft selbst als soziale Klasse und politischer Akteur aus dem Aufmerksamkeitshorizont der gesellschaftlichen Öffentlichkeiten gerückt. Die Arbeiter, ob in Großindustrie oder im mittelständischen Betrieb, haben ein Repräsentations- und Sichtbarkeitsproblem. Die großen Industriegewerkschaften bekommen das zu spüren, aber auch der tendenzielle Bedeutungsverlust der Industriesoziologie in den Sozialwissenschaften gehört in diesen Zusammenhang. Die beiden französischen Soziologen Stephan Beaud und Michel Pialoux haben diesen Prozess des allmählichen Verschwindens der Arbeiterklasse in ihrer Studie „Die verlorene Zukunft der Arbeiter“ eindrucksvoll beschrieben und analysiert.¹² Tritt das Prekariat nun an die Stelle der Arbeiterschaft? Zumindest finden die prekär Beschäftigten aller Branchen und Berufe verstärkt publizistische und fachwissenschaftliche Aufmerksamkeit. Prekär beschäftigt sind nach einer bewährten Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) diejenigen, die aufgrund ihres Erwerbsstatus nur geringe Arbeitsplatzsicherheit genießen, die wenig Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung ihrer Arbeitssituation haben, die nur partiell im arbeitsrechtlichen Schutzbereich stehen und deren Chancen auf materielle Existenzsicherung durch Arbeit in der Regel schlecht sind.¹³ Klingen nicht in diesen Begriffsbestimmungen des „Prekariats“ ähnliche gesellschaftspolitische Sorgen an, wie wir sie

aus den vergangenen Debatten um die Existenz und das Potential der Arbeiterklasse kennen – die Sorge um die Verfestigung materieller und kultureller Benachteiligung sowie jene um die Ausweglosigkeit sozialen Handelns und das damit verknüpfte politische Risiko einer tendenziell wachsenden gesellschaftlichen Abkoppelung und Spaltung? Zugleich schwingt neben den besorgten Tönen in der Debatte um das Prekariat immer auch ein Stück Hoffnung mit – die nervöse Erwartung der Politisierbarkeit eines neuen gesellschaftlichen Kollektivs.

Trotz der zunehmenden Aufmerksamkeit für Fragen der Prekarität bleibt unklar, an welchen Orten der Gesellschaft wir die Prekarier finden können. Finden wir sie inmitten unserer Arbeitsgesellschaft oder eher an deren Rändern, in Industriebetrieben als Leiharbeiter und Aushilfsjobber oder in Dienstleistungsbranchen unter Scheinselbstständigen und Ich-AGs? Wohnt das Prekariat in suburbanen und kreditbelasteten Einfamilienhäusern oder in den großstädtischen Hochhaussiedlungen? Handelt es sich eher um Alleinerziehende oder um Familien in Einverdienerhaushalten? Treffen wir das Prekariat morgens in der S-Bahn oder am späten Vormittag im Billigmarkt? Auch wenn wir nicht alle diese Fragen im Detail beantworten können, so fällt bei der Suche nach Antworten doch auf, dass mit der Debatte um prekäre Arbeits- und Lebensformen soziologische und sozialpolitische Fragen verknüpft sind, über das Soziale in veränderter Weise nachzudenken. Prekarität und Prekariat sind Signalwörter neuer sozialer Ungleichheiten, deren Ausgangspunkte in den Veränderungen der Arbeitswelt liegen. Verschiedene Vorstellungen und Bilder der Neuordnung gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse lassen sich mit Blick auf die Debatte um Prekarität identifizieren: Einmal dreht sich die Debatte um die Herausbildung einer neuen Unterschicht, ein anderes Mal um die These einer verunsicherten Mittelschicht bzw. einer verstärkten Diffusion sozialer Gefährdungen. Interessant ist schließlich eine empirische Perspektive: Der Begriff der Prekarität weist auf die Entwicklung einer Zwischenzone uneindeutiger Erwerbsverläufe, unsicherer sozialer Perspektiven und rascher biographischer Veränderungen hin.¹⁴

¹² Vgl. Stéphane Beaud/Michel Pialoux, *Die verlorene Zukunft der Arbeiter. Die Peugeot-Werke von Sochaux-Montbéliard*, Konstanz 2004.

¹³ Vgl. Gerry Rodgers, *Precarious Work in Western Europe*, in: ders./Janine Rodgers (Hrsg.), *Precarious Jobs in Labour Market Regulation. The Growth of Atypical Employment in Western Europe*, Genf 1989, S. 1–16.

¹⁴ Natalie Grimm/Berthold Vogel, *Prekarisierte Erwerbsbiographien. Verläufe, Erfahrungen, Typisierungen*, Berlin 2010.

Diese unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Perspektiven werden wir zunächst in den Blick nehmen. Im Anschluss geht es darum, anhand empirischer Befunde typische Muster und Konstellationen der Prekaritätserfahrung nachzuzeichnen. Der Sozialtypus des Grenzgängers, der sich in prekären Arbeitswelten herausbildet, wird in diesem Zusammenhang vorgestellt. Zum Abschluss werden einige gesellschaftliche Folgewirkungen angesprochen, die mit den Veränderungen hin zu einer differenzierten und vielgestaltigen Arbeitswelt verbunden sind – und wir werden die Frage stellen: Gibt es schon ein Prekariat?

Sozialwissenschaftliche Perspektiven der Prekaritätsdebatte

Die Vorstellung der Prekarität als neues Proletariat erhielt mit der Veröffentlichung der Sinus-Milieustudie im Herbst 2006 öffentliche Aufmerksamkeit.¹⁵ Die Prekari sind in diesem Forschungskontext die Repräsentanten einer neuen Unterschicht der Abgehängten und Aussichtslosen. Sie können mit den Beschleunigungen kapitalistischer Modernität nicht Schritt halten und sind wohlfahrts- und sozialpolitisch behandlungsbedürftige Modernisierungsverlierer. Der Zugang zu stabiler Beschäftigung ist ihnen verwehrt, sie verfügen über keine verwertbaren Bildungsabschlüsse, ihre Sozialbeziehungen sind nicht gefestigt oder entsprechen nicht den Vorstellungen der sie beobachtenden, versorgenden und regulierenden Mittelklasse. Die Orientierung dieser Prekari an Leistung, Fortkommen und Disziplin lässt aus der normativen Perspektive der Mehrheitsgesellschaft zu wünschen übrig. Spezifische Erwerbsbiographien und Mentalitäten der Abkoppelung vom gesellschaftlichen Ganzen sind die Folge. Der entscheidende Unterschied zwischen Prekariat und Proletariat ist freilich, dass den Prekariern politisch nichts zugetraut wird. Bei ihnen handelt es sich um eine anonymisierte, zersplitterte Masse, ein Exemp-

lum der „negativen Individualisierung“, die „in Begriffen des Mangels – Mangel an Ansehen, Sicherheit, gesicherten Gütern und stabilen Beziehungen – durchdekliniert werden kann.“¹⁶ Während das Proletariat als soziale Klasse mit allerlei Heilerwartungen oder politischen Verbesserungsphantasien befrachtet wurde, eignet sich das Prekariat heute eher als neue Projektionsfläche politischer Ressentiments und sozialer Resignation. Das Prekariat scheint in dieser Perspektive ein Ort sozialer Aussichtslosigkeit zu sein.

Einflussreiche und stilprägende Beiträge zur Prekaritätsdebatte¹⁷ weisen in eine andere soziale Richtung. Prekarität ist hier Chiffre der Zersplitterung und der Fragmentierung der sozialen Mitte. Soziale, rechtliche, materielle und berufliche Unsicherheiten breiten sich immer weiter aus. Die Vorläufigkeit und Widerrufbarkeit von Beschäftigungsverhältnissen tritt in den Vordergrund. In der Arbeitswelt setzt sich eine Kultur des Zufalls als betriebliche Organisations- und Herrschaftsform durch. Leben und Arbeit werden in dieser soziologischen Lesart mehr und mehr zur Bürde erzwungener Mobilität und Individualität. Das Diktat des Relativen und das Lob der Beweglichkeit entwickeln sich zu Leitbildern sozialer und wirtschaftlicher Organisation. Statusgefährdungen konzentrieren sich keineswegs mehr allein auf soziale Randzonen, sondern dringen tief in die Kernbereiche der Arbeits- und Sozialwelt ein. Eine Fragmentierung der Arbeitnehmergesellschaft ist die Folge. Das Prekariat wird in dieser Interpretation der Veränderungen des Sozialen zu einem Ort sozialer Ängste und Verunsicherungen. Die Prekari repräsentieren die Abstiegsbedrohten und die durch Deklassierung Gefährdeten; mithin alle diejenigen, die unter einer veränderten Marktordnung und der Neujustierung des Politischen zu leiden haben. Status und Wohlstand der Mittelklasse stehen unter Druck. Das Prekariat scheint aus dieser Perspektive ein Ort des sozialen Missvergnügens und der Skepsis zu sein.

rungen. Bericht an das BMAS, Hamburg 2008 (Ms.); Berthold Vogel, Sicher-prekär, in: Stephan Lessenich/Frank Nullmeier (Hrsg.), Deutschland. Eine gespaltene Gesellschaft, Frankfurt/M. und New York 2006, S. 73–91.

¹⁵ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesellschaft im Reformprozess. Eine Studie von TNS-Infratest, Berlin 2006.

¹⁶ Robert Castel, Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000, S. 404.

¹⁷ Vgl. Pierre Bourdieu, Gegenfeuer, Konstanz 2004; Serge Paugam/Duncan Gallie, Soziale Prekarität und Integration. Bericht für die Europäische Kommission. Generaldirektion Beschäftigung, Brüssel 2002.

Die Debatte um Prekarier als Repräsentanten einer neuen Unterschicht oder als Akteure einer gefährdeten arbeitnehmerischen Mitte verbleibt in weitgehend bekannten Vorstellungen des Sozialen. Im Unterschied dazu weist eine eher empirisch orientierte Lesart des Prekariats auf die Herausbildung einer neuen, durch die aktuellen Veränderungen der Arbeitswelt geprägten Soziallage hin. Im Prekariat spiegelt sich die strukturelle, erwerbsbiographische, rechtliche und betriebliche Verstärkung unsicherer Lebens- und Beschäftigungsformen. Hier kommt eine *neue gesellschaftliche Zwischenschicht* in den Blick, in der die Angst vor dem Abstieg ebenso präsent ist wie die Hoffnung auf Stabilität und Aufstieg. Das Prekariat ist weder Statthalter des Proletariats, noch steht es für den Anfang vom Ende der Mittelschichten. Die Dinge liegen in diesem Fall viel unspektakulärer, aber sind dennoch für die Entwicklung des sozialen Ganzen wirkungsvoll. Aktuelle empirische Befunde einer Studie zu Entwicklung und Verlauf „prekariierter Erwerbsbiographien“¹⁸ zeigen die allmähliche Herausbildung eines neuen Arbeitsmarktakteurs, der Grenzgänger am Arbeitsmarkt. Wir können die Prekarier mithin als Grenzgänger einer veränderten Arbeitswelt beschreiben. Sie bewegen sich durch das unwegsame Gelände von Minijobs, Praktika, Leiharbeit, befristeten Tätigkeiten und staatlichen Unterstützungsleistungen. Sie stehen nicht mehr nur sporadisch oder periodisch, sondern dauerhaft zwischen Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit. Sie pendeln zwischen geförderter und nicht geförderter Beschäftigung, sie sind zwischen auskömmlicher Tätigkeit und Armut trotz Erwerbstätigkeit hin- und her geworfen, sie kämpfen um die Aussicht auf stabile Beschäftigung und gegen berufliche bzw. arbeitsweltliche Ausschlussdynamiken. Die strukturelle Ausprägung dieser Grenzzonen der Arbeitswelt wirft Folgefragen auf. Welche Erfahrungen machen die Prekarier respektive Grenzgänger? Von welcher Beschaffenheit müssen die (wohlfahrtsstaatlichen) Institutionen sein, um adäquat auf neue Soziallagen und Mentalitäten reagieren zu können? Sind wir schließlich durch das Prekariat aufgefordert, die Zukunft des Sozialen stärker vom Rande her zu denken – nicht von der Normalität und Stabilität der Mitte, sondern von der irritierenden und anspruchsvol-

len Ungewissheit der Ränder? Kurzum, vieles spricht dafür, dass wir unter der Formel der Prekarität neue Arrangements des Sozialen antreffen. Diese Arrangements sind inkonsistent und widersprüchlich. Sie bedürfen empirischer Aufklärung.

Der Sozialtypus des Grenzgängers

Was wissen wir über die Erfahrungen derjenigen, die sich als prekäre Grenzgänger auf den Arbeitsmärkten bewegen? Zunächst zeigt sich, dass diese Grenzgänger längst nicht mehr nur aus der angelernten Arbeiterschaft stammen oder aus den Wirtschaftsbranchen, in denen einfache Dienstleistungen angeboten und niedrige Löhne für einfache Tätigkeiten gezahlt werden, in denen Schwarzarbeit und Gelegenheitsjobs zur Normalität gehören, oder in denen rechtliche Standards weniger Geltungskraft als anderenorts besitzen. In diesen Branchen und Segmenten der Arbeitswelt war die Prekarität ja schon immer zu Hause. Zu denken ist hier insbesondere an Hilfsarbeiter in Industrie und Handwerk, aber auch an die zahlreichen schlecht bezahlten und rechtlich oft vogelfreien Frauenjobs im Reinigungs- und Gaststättengewerbe, im Supermarkt oder bei den Pflegediensten. Seit einiger Zeit beginnt sich allerdings das soziale Profil der Grenzgänger zu verändern. In den rechtlich deregulierten und materiell knappen Zonen des Arbeitsmarktes finden sich immer häufiger auch qualifizierte Facharbeiter und Fachangestellte. Die Fragilität und Unsicherheit von Beschäftigung hält Einzug in die stabilen Kernbereiche der Arbeitsgesellschaft – Branchen, die man einst mit besten Karrierechancen und sozialer Sicherheit gleichsetzte: die Autoindustrie, den Maschinenbau, Banken und Versicherungen oder auch die öffentlichen Dienste. Längst ist auch die arbeitnehmerische Mitte der qualifizierten Arbeitnehmer und der in ihren Berufen und Betrieben einst fest verwurzelten Beschäftigten betroffen. Prekarität ist keineswegs überall, aber sie gewinnt für einen Gutteil der auf Sicherheit und Vorwärtskommen orientierten Arbeitnehmerschaft an bedrohlicher Normalität.

Diese Veränderungen der Arbeitslandschaften haben sehr unterschiedliche sozialstrukturelle und biographische Konsequenzen. Die Lebensläufe der prekären Grenzgänger folgen zwar keinem einheitlichen Muster,

¹⁸ N. Grimm/B. Vogel (Anm. 4).

aber es finden sich doch einige typische Formen und Verläufe.

Exemplarisch können *drei Typen* genannt werden. Sie stehen für die Verfestigung der Randlagen der Arbeitswelt, für die Dynamik sozialen Abstiegs und beruflicher Entwertung und für neue Strategien des Überlebens und der Selbstbehauptung.

– Da sind erstens die *Jobnomaden*, die sich als Grenzgänger im Unterholz der Erwerbsarbeit und in den Randlagen des Arbeitsmarktes gut auskennen. Das bedeutet nicht, dass es ihnen gut geht. Sie haben zwar bestimmte Fertigkeiten entwickelt, die ihnen ihre Rolle als Grenzgänger erleichtern, aber sie sehen sich ständig unter Druck und befinden sich in dauerhaft angespannter finanzieller Lage. Die Jobnomaden wissen sich im Umgang mit den Ämtern zu helfen, aber sie müssen oft auch staatliche Hilfe in Anspruch nehmen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Sie erhalten über ihre sozialen Kontakte Hinweise auf Jobmöglichkeiten, aber dieses Springen von Job zu Job verfestigt auch ihre Randlage. Viele Kämpfernaturen finden sich hier, die dem öffentlichen Ressentiment wohlfahrtsstaatlich genährter Passivität keineswegs entsprechen. Sie sind sozial sehr beweglich und zeigen eine hohe Kompetenz, mit den Anforderungen komplizierter Arbeitsmärkte fertig zu werden. Wir treffen unter den Jobnomaden auf sehr unterschiedliche soziale und berufliche Milieus. Das Spektrum umspannt Hilfsarbeiter und Akademiker. Arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitisch sind sie freilich oft ein schwieriger Fall. Sie entziehen sich gerne den amtlichen Beschäftigungsangeboten und lassen sich ungern therapeutisch und pädagogisch „bearbeiten“; oft hat man den Eindruck, dass sie am besten alleine zu Recht kommen, obgleich sie oft darüber klagen, auf sich alleine gestellt zu sein.

– Zweitens haben wir es in den prekären Grenzregionen mit *Arbeitsmarktdriftern* zu tun, die nach einer Biographie sozialen und beruflichen Abstiegs mehr und mehr von der Vielfalt der Wege und von der Uneindeutigkeit der Wegmarken verwirrt sind. Es fällt ihnen schwer, für sich einen Weg in der veränderten Erwerbslandschaft zu finden, der Stabilität in ihre berufliche und soziale Abstiegs Geschichte bringt. Die neuen und vielfältigen Arbeitswelten und Statusformen der

Beschäftigung bieten ihnen keine biographischen Anhaltspunkte, an denen sie sich positiv orientieren könnten. Die Arbeitsmarktdrifter haben etwas verloren – ihre betriebliche Position und berufliche Stellung sowie ihr über die Erwerbsarbeit definiertes Selbstwertgefühl. Sie haben zudem ihre materielle Sicherheit eingebüßt, die es ihnen erlaubt, auch als Konsumenten mit anderen mithalten zu können. Statuszerfall und Abstiegs Erfahrung prägen ihre Erfahrung, obwohl sie noch längst nicht vom Arbeitsmarkt abgehängt sind. Den Abstand zwischen ihrer aktuellen Lage und ihrer Vorstellung von einer gelungenen beruflichen Laufbahn empfinden sie als soziale Beschämung. Sie können nicht nur den Ansprüchen der anderen, sondern auch ihren eigenen Maßstäben nicht gerecht werden. Sie sind die Gruppe, die am meisten beschäftigungspolitischer Unterstützung bedürfen, und sie benötigen Wegmarken, die ihnen neue Stabilität geben.

– Eine dritte Gruppe unter den Grenzgängern sind schließlich die *Pfadfinder* der neuen Unübersichtlichkeit, die die verschlungenen Pfade für sich zu nutzen wissen und die auf überraschenden Wegen zum Ziel kommen. Zu den Pfadfindern zählt die viel diskutierte „Generation Praktikum“, aber zu ihr zählen auch Leiharbeitskräfte, die gezielt Leihbetriebe ansteuern, um von dort den Einstieg in begehrte Branchen zu finden, oder „kreative Kombinerer“, die staatliche Unterstützungsleistungen nutzen, um bestimmte berufliche Ziele zu erreichen. Arbeitsmarktpolitik wirkt bei ihnen allerdings oft auf andere Weise, als sich das Arbeitsmarktpolitiker vorstellen. Viele dieser Pfadfinder durch die neuen Risiko- und Gelegenheitsstrukturen der Arbeitswelt offenbaren zugleich eine veränderte Form der Subjektivität: Rücksichtslosigkeit und Durchsetzungsfähigkeit. Hier entwickelt sich ein Sozialcharakter des Arbeitsmarktindividualismus und des unbedingten Konkurrenzdenkens; ein Sozialcharakter, der beschäftigungspolitisch durchaus gefördert wird. Auf diese Weise werden auch die Veränderungen erwerbsarbeitsbezogener Mentalitäten sichtbar, die sich bewusst von Strategien der Kollektivierung, der Vereinheitlichung und der Standardisierung abwenden.

An den Erfahrungen dieser prekären Grenzgänger, der *Jobnomaden*, der *Arbeitsmarktdrifter* und der *Pfadfinder*, zeigen sich die Schwierigkeiten der Abgrenzung eines klar erkennbaren „Innen“ und „Außen“ der Arbeitswelt. Die Erwerbsverläufe und die Orientierungen dieser Grenzgänger zeichnen sich gerade dadurch aus, dass sie sich nicht ohne weiteres auf einen Nenner der Teilhabe oder des Ausschlusses am Arbeitsmarkt bringen lassen. Charakteristisch ist für sie alle eher die anhaltende biographische Spannung, die eine besondere Form sozialer und beruflicher Belastung markiert.

Zugleich geben uns die unterschiedlichen Typen der Grenzgänger Hinweise auf die wachsenden Unterschiede zwischen Erwerbsbiographien und Lebensverläufen. Die aktuelle Entwicklung der Arbeitswelt, die mit den Begriffen der Prekarität und der Prekariert umrissen wird, drängt nicht zur Vereinheitlichung oder zur Formierung klarer Spaltungslinien, sondern zur Vervielfältigung von Arbeitswirklichkeiten und Biographien sowie zu einer gewissen Unübersichtlichkeit von Statusformen und Erwerbspositionen.

Gibt es schon ein Prekariat?

Gibt es schon ein Prekariat? Wenn wir die Grenzgänger in prekären Arbeitswelten als eine neue Soziallage von Arbeitsmarktakteuren fassen, dann müssen wir diese Frage wohl mit einem vorsichtigen, da in empirischer Forschung noch näher zu prüfenden „Ja“ beantworten. Wichtig ist hierbei, dass das Prekariat keineswegs nur ein Produkt veränderter wirtschaftlicher Marktprozesse oder neuer personalwirtschaftlicher Strategien ist, sondern auch das Ergebnis politischer Forcierung und rechtlicher Ermöglichung. Das Prekariat – die Grenzgänger des Arbeitsmarktes – sind wesentlich ein Produkt politischer Entscheidungen. Die Neujustierung der Arbeitsmarktpolitik („Hartz-Gesetze“), die ein wesentlicher Teil der Geschichte der Prekarität ist, hat zu einer partiellen (nicht generellen) Aufweichung arbeitsrechtlicher Begrenzungen geführt, sie hat die Vervielfältigung von Beschäftigungs- und Statusformen vorangetrieben, und sie hat sich von der Leitlinie verabschiedet, den erreichten Qualifikations- und Sozialstatus derer zu schützen, die ihre alte Arbeit verloren haben und auf der Suche nach neuer sind. Arbeitsmarktpolitik ist keine Statussicherungspolitik mehr.

Diese grundlegende Neujustierung hat sowohl zur Ausbreitung rechtlich und materiell unsicherer Beschäftigungsformen als auch zur Neudefinition der Grenzen von Stabilität und Instabilität, von Sicherheit und Unsicherheit im Erwerbsleben beigetragen. Die rechtliche und materielle Umgestaltung der Leiharbeit ist hierfür ein Beispiel, aber auch die gezielte Förderung von Mini- und Midijobs oder die gesetzgeberische Animation zur Kleinselbstständigkeit.

Die Frage nach dem Prekariat hat neben arbeitsmarktpolitischen noch universale gesellschaftliche Dimensionen und Folgewirkungen. Wenn wir das Prekariat und neue Formen sozialer Ungleichheiten in der Arbeitswelt ansprechen, dann geht es um nichts Geringeres als um die Fragen nach künftigen Formen sozialen Zusammenhalts und um die Ermöglichung eines Klimas gesellschaftlicher Stabilität, denn die Abgrenzungskämpfe und die Statuskonflikte zwischen den Beschäftigtengruppen könnten an Kraft gewinnen. Die soziale Frage des Prekariats fordert in ähnlicher Weise wie die Frage des Proletariats die Diskussion um die „Baugesetze der Gesellschaft“⁹ heraus.

Zu diesen strukturellen und normativen Baugesetzen zählt die gesellschaftspolitische und sozialkulturelle Bereitschaft zur „gegenseitigen Verantwortung“ und zum „hilfreichen Beistand“. Nur in einem solchen Umfeld der Solidaritätsförderung und der Beistandsbereitschaft können sich Wertmaßstäbe entwickeln, nach denen sich die soziale Integrationsfähigkeit und Lebensqualität nicht nur an Beschäftigungsquoten und Fragen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit bemisst. Die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Strategie, welche die Selbstbehauptung, Marktfähigkeit und Durchsetzungsbereitschaft des Einzelnen gegen Andere zu ihrer Maxime deklariert, wird hingegen an der Durchsetzung neuer sozialer, wirtschaftlicher und auch ökologischer Lebensqualitäten sowie an einer generationenverantwortlichen Gesellschaftspolitik scheitern.

Doch was könnten in Zeiten verfestigter Prekarität und einer wachsenden Soziallage der Grenzgänger diese regulativen Wertmaßstäbe sein? *Fairness, Sicherheit und Aufstieg* sind drei zentrale Aspekte, die gegen eine betriebswirtschaftliche Reduktion des Arbeitslebens, gegen eine Verschärfung der Unsicherheit als Anreizsystem sozialer Konkurrenz und gegen den rechtlichen wie politischen Ausbau einer prekären und biografisch häufig aussichtslosen Arbeitswelt in Stellung gebracht werden müssen.¹⁰

⁹ Vgl. Oswald von Nell-Breuning, Baugesetze der Gesellschaft, Freiburg 1968.

¹⁰ Vgl. Berthold Vogel, Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft, Hamburg 2007, S. 116 ff.

– *Fairness*: Der Aspekt der Fairness zielt auf die rechtliche Gewährleistung fairer, übersichtlicher und transparenter Regeln in der Arbeitswelt. Das individuelle wie kollektive Arbeitsrecht spielt hierbei eine zentrale Rolle. Trotz aller Marktkonkurrenz und wirtschaftlicher Konflikte sorgt das Recht für die Einhaltung der Spielregeln.

– *Sicherheit*: In Zeiten gefährdeter sozialer und beruflicher Statuspositionen kommt dem Aspekt der *Sicherheit* eine sehr hohe Bedeutung zu. Ausgrenzungserfahrungen und Abstiegsängste bedürfen gleichermaßen der politischen Antwort. Die Organisation von Übergangsarbeitsmärkten und Konzepte der „Flexicurity“ stehen zur Diskussion.¹¹ Hier geht es um die wichtige Frage, welche Rechtsformen und welche inner- wie außerbetrieblichen Strategien erfunden werden müssen, um diskontinuierliche Erwerbsverläufe und Situationen prekärer Beschäftigung abzusichern – Jobnomaden, Arbeitsmarktdrifter und Pfadfinder sind gleichermaßen, aber jeder auf seine unterschiedliche Art und Weise sicherheitsbedürftig. Zu diesem Zweck muss eine Neubestimmung des Verhältnisses von zumutbaren Risiken und notwendigen Privilegien, von auferlegten Verpflichtungen und gesicherten Ansprüchen, kurz: von universalen und partikularen Rechten erfolgen.

– *Aufstieg*: In der Aufstiegsfrage kommt die Integration und Kohäsion des Sozialen zur Sprache. Den Zusammenhalt gefährden nicht die, die schon immer am Rand standen, sondern die, die nach neuen sozialen und beruflichen Wegen individueller Selbstbehauptung suchen, aber zu Verlierern zu werden drohen. Gerade sie entwickeln oft eine soziale Mitleidlosigkeit: Sie individualisieren Erfolge und Niederlagen und versuchen, aus dem Versagen der anderen neue eigene Kräfte zu schöpfen.

In diesen Debatten treten die Sorgen der eben noch Bessergestellten hervor. Schrumpfende soziale Abstände, erweiterte Prekarität und die wachsende Zahl der Unterprivilegierten wecken in einer ungleichheitssensiblen Gesellschaft Ressentiments und Abgrenzungsbedürfnisse. Die soziale Frage des Prekariats ist daher auch eine nach dem Zusammenhalt der Gesellschaft.

Einen besonderen Hinweis verdient zum Abschluss die Prekarität der öffentlichen Dienste: Ehemals Orte der Beschäftigungstabilität, des Amtsethos und der Karrieresicherheit, sind diese zu einem nervösen Experimentierfeld prekärer Beschäftigungsformen gewor-

den.¹² Die Soziallage prekärer Grenzgänger verfestigt sich keineswegs nur in industriellen oder in transnationaler wirtschaftlicher Konkurrenz stehenden Arbeitswelten, sondern gerade auch im Bereich öffentlicher Beschäftigung: im Bildungs- und Gesundheitswesen, in der öffentlichen Verwaltung und in den Betrieben der technischen und sozialen Daseinsvorsorge. Es ist bemerkenswert, dass von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt die Gestaltung des gesellschaftlich Allgemeinen mehr und mehr in die Hände eines neuen Dienstleistungsprekariats gelegt wird. Aus Kostengründen, aber auch aufgrund des weit verbreiteten Klimas der (Wohlfahrts-)Staatsvergessenheit und der Bürokratiekritik finden sich in den genannten Bereichen der öffentlichen Dienste kurzfristig Beschäftigte, Mini- und Ein-Euro-Jobber sowie Leiharbeiter. In den Diensten und Sorgeleistungen der kommunalen oder staatlichen Verwaltung treffen wir auf eine systematische Prekarisierung der Prekaritätsbearbeiter, auf eine Verunsicherung der Unsicherheitsbewältiger und eine materielle Abwertung der Armutsverhinderer. Doch der öffentliche Dienst ist nicht irgendeine Branche der Volkswirtschaft, in der irgendwelche Dinge zu besonderen Bedingungen und mit bestimmten Preisen hergestellt und vertrieben werden. Jugendhilfe, Schulbildung und Krankenpflege sind öffentliche Angelegenheiten und keine privaten Kaufentscheidungen wie der Erwerb von Laptops, Küchengeräten oder Mobiltelefonen. Während in der Prekarität der Industriearbeit die Problematiken der Soziallage Einzelner, der Wirtschaftskraft bestimmter Branchen oder der Steuerung der Tarifpolitik verhandelt werden, stellt sich die Lage in den öffentlichen Diensten auf andere Weise dar. Es besteht die Gefahr, dass die Prekarität der öffentlichen Dienste langfristig den normativen Haushalt der Gesellschaft verändert und dazu beiträgt, die Maßstäbe der Gemeinwohlorientierung und der öffentlichen Verantwortung zu verschieben bzw. zu demontieren. In der aktuellen Frage nach der Existenz eines Prekariats geht es nicht minder als in der Frage nach dem Proletariat an die Substanz des Sozialen – nicht nur in materieller, sondern auch in normativer Hinsicht. Die Soziallage prekärer Grenzgänger fordert an unterschiedlichen Orten und mit unterschiedlicher Intensität gesellschaftspolitische Gestaltungsansprüche heraus. Hierauf gilt es sozialpolitische, aber auch soziologische Antworten zu finden, so dass in absehbarer Zukunft über eine Sendereihe mit dem Titel „Gibt es noch ein Prekariat?“ berichtet werden kann; eine Sendereihe, die wünschenswerter Weise unter „entprekarisierten“ Arbeitsbedingungen von einer öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt produziert wird.

¹¹ Vgl. Martin Kronauer/Gudrun Linne (Hrsg.), *Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität*, Berlin 2005.

¹² Vgl. Elke Ahlers, *Beschäftigungskrise im öffentlichen Dienst?*, in: *WSI-Mitteilungen*, (2004) 2, S. 78–83.

Peter Bescherer · Silke Röbenack ·
Karen Schierhorn

Nach Hartz IV: Erwerbsorien- tierung von Arbeitslosen

Nach Jahren der Stagnation versprechen sinkende Arbeitslosigkeit und Rekordzahlen von über 40 Millionen Erwerbstätigen Entspannung am Arbeitsmarkt. Dennoch bezweifeln selbst optimistische Beobachter, dass

Peter Bescherer

M.A. (soz.), geb. 1978;

Studium der Soziologie,
Philosophie und Germanistik;
derzeit Promotionsstipendiat
der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Friedrich-Schiller-Universität
Jena (FSU), Carl-Zeiss-Straße 2,
07743 Jena.

Peter.Bescherer@uni-jena.de

Silke Röbenack

Dr. phil., geb. 1963;

Studium der Soziologie,
Philosophie und Psychologie;
Juni 2006 bis Juni 2008 wissen-
schaftliche Mitarbeiterin im
Sonderforschungsbereich 580

an der FSU Jena.

sroebenack@googlemail.com

Karen Schierhorn

Dipl. Sozw.; geb. 1980;

Studium der Sozialwissen-
schaft; seit September 2006
wissenschaftliche Mitarbeiterin
im Sonderforschungsbereich
580 an der FSU Jena.

Carl-Zeiss-Str. 2, 07743 Jena
Karen.Schierhorn@uni-jena.de

kein Indiz für ein Zurück zur Vollzeitbeschäftigung der Nachkriegsära sind. Vielmehr bedeutet der Ausstieg aus der Arbeitslosigkeit

die Arbeitslosigkeit mittelfristig deutlich unter die Drei-Millionen-Grenze fallen wird. Insbesondere bei den gegenwärtig mehr als eineinhalb Millionen Langzeitarbeitslosen ist ein positiver Integrationseffekt nur sehr begrenzt spürbar. Und wer den Sprung aus der Arbeitslosigkeit schafft, gerät immer häufiger in unsichere, niedrig entlohnte Beschäftigung.¹ Die Gruppe der so genannten „Aufstocker“ – Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit auf Arbeitslosengeld-II-Leistungen angewiesen sind – bildet hier nur die Spitze des Eisbergs.² Schon diese wenigen Daten illustrieren, dass konjunkturelle Belebung und Fachkräftemangel auf Teilarbeitsmärkten

auch in Deutschland häufig Einmündung in eine expandierende „Zone der Verwundbarkeit“, in der unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse an der „Schwelle der Respektabilität“ zu einem Dauerzustand geworden sind.³

Unterhalb dieser Schwelle hat sich offenbar eine Schicht von „Überzähligen“ herausgebildet, denen eine (Re-)Integration in reguläre, mehr als Existenz sichernde Beschäftigung kaum noch gelingt. Die Ursachen dieser Entwicklung verorten einflussreiche Zeitdiagnosen vor allem in der Mentalität einer passiven wohlfahrtsabhängigen „Unterschicht“. In diesen Gruppen sei Erwerbslosigkeit „milieukonstituierend“ geworden und schotte „zunehmend auch kulturell gegen Aufstiegschancen und Aufstiegswillen ab“.⁴ Die Absage an staatliche Versorgung wird als naheliegende Problemlösung ausgegeben. Diesem Geist entsprechen die so genannten Hartz-Gesetze. Zumindest implizit orientieren sich die Arbeitsmarktreformen am Negativbild des „passiven Arbeitslosen“, der durch geeignete Kombinationen von Fördermaßnahmen und strengen Zumutbarkeitsregeln zu reaktivieren sei. Arbeitslosigkeit gilt demnach nicht primär als Strukturproblem, sondern als selbst verantwortetes Resultat persönlicher Einstellungen und Entscheidungen. Im Umkehrschluss werden Arbeitslose gewissermaßen zum Unternehmer ihrer eigenen Beschäftigungsfähigkeit erklärt.

Die Erwerbsorientierungen eigensinniger „Kunden“ – eine Typologie

Über die realen Auswirkungen dieser Reformmaßnahmen auf die Orientierungen und Handlungsstrategien von Betroffenen ist bis-

¹ Vgl. Gerhard Bosch/Claudia Weinkopf (Hrsg.), Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, Frankfurt/M.–New York 2007.

² Anfang 2007 waren ca. 1,3 Millionen Leistungsbezieher zugleich abhängig beschäftigt, „die Hälfte sogar sozialversicherungspflichtig und häufig in Vollzeitarbeit“, Jürgen Köhl, Wandel der Funktionen von Arbeitsmarktpolitik, in: Judith Aust u. a. (Hrsg.), Über Hartz hinaus. Stimmt die Richtung in der Arbeitsmarktpolitik? Düsseldorf 2008, S. 49. Die Zahl der Aufstocker ist inzwischen leicht rückläufig.

³ Robert Castel, Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000, S. 360 f.

⁴ Paul Nolte, Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus, München 2006, S. 96 u. 98.

lang wenig bekannt. Wir sind dieser Frage im Rahmen eines qualitativ angelegten Forschungsprojekts in vier ausgewählten Regionen nachgegangen. Obwohl unsere Ergebnisse nicht im strengen statistischen Sinne repräsentativ sind, erlauben sie doch einen tiefen Einblick in die „Zone der Entkopplung“ (Robert Castel), in der sich diejenigen befinden, die ihr Leben zunehmend jenseits regulärer Erwerbsarbeit fristen müssen.¹⁵

Unsere Studie basierte auf Expertengesprächen (n=62) sowie einer Befragung von Leistungsempfängern des ALG II (Arbeitslose, ABM-Beschäftigte, Leistungsaufstocker, geförderte Selbstständige, Ein-Euro- und Mini-jobber, n=99). Ergänzend kam eine Befragung von Nichtanspruchsberechtigten (n=89) hinzu. Ein qualitatives Verfahren schien uns angemessen, um vertrauensvolle Gesprächssituationen zu schaffen und so genauere Vorstellungen von den „Kunden“ der Arbeitsverwaltung zu erhalten. Das neue Arbeitsmarktregime – so unsere forschungsleitende These – setzt bei den Adressaten der Reform ein quasi-unternehmerisches, kalkulierendes Denken voraus, welches sich anzu-eignen Leistungsbezieher des ALG II in der Regel kaum in der Lage sind. Daher vermuteten wir die Verfestigung einer bereits im Gange befindlichen „zonalen“ Spaltung der Arbeitsgesellschaft, im Extremfall gar die Herausbildung von Orientierungen, die auf ein Leben jenseits regulärer Erwerbsarbeit zielen. Diese Überlegung mag auf den ersten Blick an die Unterschichten-Diagnose erinnern; wie wir zeigen wollen, laufen unsere Befunde jedoch auf eine vollkommen andere Problemsicht hinaus.

¹⁵ Die Ausführungen basieren auf ersten Ergebnissen des von Klaus Dörre geleiteten Forschungsprojektes „Eigensinnige ‚Kunden‘. Der Einfluss strenger Zumutbarkeit auf die Erwerbsorientierungen Arbeitsloser und prekär Beschäftigter“ im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 580 „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung“ am Institut für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Die soziodemographische Zusammensetzung der Interviewten gestaltet sich wie folgt: 67 % Frauen, 33 % Männer; mit 35,4 % überwiegend in der Altersgruppe von 35 bis 44 Jahre (gefolgt von 29,3 % in der Altersgruppe von 45 bis 54 Jahre); gut ein Drittel (35,4 %) mit Real- und ein Drittel (31,3 %) mit Hauptschulabschluss (Abiturienten sind mit 20,2 % stärker repräsentiert als Schulabbrecher mit 12,1 %).

Abbildung 1: Erwerbsorientierungen bei Langzeitarbeitslosen und prekär Beschäftigten

	Nicht-Arbeiter	Als-ob-Arbeiter	Um-jeden-Preis-Arbeiter
Reale Tätigkeiten			
Fixierung auf Erwerbsarbeit		Die Kompensierer	Die Prekären
Tätigkeitsalternativen zu Erwerbsarbeit	Die Verweigerer	Die Selbsttätigen	Die Aussichtsreichen
Keine Erwerbsarbeit	Die Konventionellen	Die Minimalisten	
	Orientierung jenseits der Erwerbsarbeit	Lücke zwischen normativer Erwerbsorientierung und Realisierungschance	Starke normative Selbstbindung an Erwerbsarbeit
	Normative Erwerbsorientierung		

Quelle: Eigene Darstellung.

In der Auswertung des empirischen Materials haben wir sieben typische Erwerbsorientierungen bei Langzeitarbeitslosen und prekär Beschäftigten rekonstruieren können. Hauptkriterien, an denen sich die Typologie orientiert, sind die normative Erwerbsorientierung, das heißt die Bedeutung, welche die Befragten einer regulären Arbeit subjektiv verleihen, sowie die faktische Tätigkeitsausrichtung, das heißt die Rolle, die Erwerbsarbeit oder Tätigkeitsformen, die an die Stelle einer bezahlten Beschäftigung treten, tatsächlich spielt (Abbildung 1).

Es ist hier nicht möglich, die Typologie vollständig zu erläutern. Wir beschränken uns daher zunächst auf eine kontrastierende Beschreibung von Grundkategorien (*Um-jeden-Preis-Arbeiter*; *Als-ob-Arbeiter*), um dann einen genaueren Blick auf die Gruppe der *Nicht-Arbeiter* zu werfen.

Die *Um-jeden-Preis-Arbeiter* setzen alles daran, Arbeitslosigkeit zu überwinden und nutzen nahezu jede sich bietende Chance, um wieder in das Erwerbssystem hinein zu gelangen. Typisch sind mitunter geradezu arbeitsbesessene „Aufstocker“ und Selbstständige, die mit großer Energie danach streben, Arbeitslosigkeit zu überwinden oder zu vermeiden. Einer dieser Selbstständigen, ein frisch gebackener Besitzer einer kleinen Eisdiele, hat einen Elternkredit aufgenommen, um dem Schicksal des „Hartzis“ zu entgehen. Als Chef von mehreren Mini-Jobbern verfügt er selbst über ein monatliches Nettoeinkommen von etwa 300 Euro. Noch besitzt er ein Haus und ein Auto, er muss jedoch gelegentlich Einrichtungsgegenstände veräu-

ßern, um über die Runden zu kommen. Bezeichnend für ihn wie auch für vergleichbare Fälle ist, dass Arbeitslosigkeit subjektiv nicht existiert. „Wenn das Projekt scheitert, plane ich eben das nächste“, lautet die Devise.

Zu dieser Gruppe zählen aber auch junge Arbeitslose, die den Übergang in das Erwerbssystem aus unterschiedlichen Gründen bislang nicht bewältigt haben. Die Erfahrung nur kurz andauernder Arbeitslosigkeit, eine gute Ausbildung und/oder positive Berufserfahrung sowie eine grundsätzlich stabile Selbstwahrnehmung bilden die Basis ihres Engagements. Auch wenn Arbeitslosigkeit die *Um-jeden-Preis-Arbeiter* in den Selbstdeutungen eher zufällig ereilt hat und nicht auf individuelle Defizite zurückgeführt wird, sind sie davon überzeugt, dass sie sich persönlich und mit allen Mitteln für deren Überwindung einsetzen müssen. Allerdings gehen sie dabei deutlich unterschiedliche Wege. Während die Solo-Selbstständigen ihr Engagement explizit auf eine Maximierung von Unabhängigkeit ausrichten und Alternativen jenseits abhängiger Beschäftigung ins Auge fassen, orientieren sich andere Leistungsbezieher ausschließlich an konventioneller Lohnarbeit. Charakteristisch für alle *Um-jeden-Preis-Arbeiter* ist, dass sie die Angebote der Arbeitsverwaltung im Sinne eines Anspruchs interpretieren, dessen Realisierung sie mehr oder minder selbstbewusst einfordern. Im Vergleich zu anderen Arbeitslosen ist nicht nur die Intensität der Bewerbungsaktivitäten deutlich höher und der räumliche Aktivitätsradius größer, auch die real verfolgten Strategien weisen eine größere Bandbreite auf.

Die Befragten der Kategorie *Als-ob-Arbeiter* – häufig über Arbeitsgelegenheiten „aktivierte“ Arbeitslose – halten ebenfalls normativ an regulärer Erwerbsarbeit fest. Sie akzeptieren jedoch aufgrund längerer Erwerbslosigkeit und zahlreicher Frustrationen Tätigkeits- und Lebensalternativen. Prägnant tritt dies bei Befragten hervor, die ihren Ein-Euro-Job oder auch eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) so ausüben, als handle es sich um eine dauerhafte Beschäftigung. Eindrucksvoll repräsentiert werden die *Als-ob-Arbeiter* von einer Frau, die jeden Morgen zur gleichen Zeit ihr Haus verlässt und alles tut, um den Anschein zu erwecken, als ginge sie noch ihrer ehemaligen Berufstätigkeit nach. Der Ein-Euro-Job ist für sie eine

willkommene Gelegenheit, die Normalitätsfassade aufrecht zu erhalten. Offenbar ahnt niemand in der unmittelbaren Nachbarschaft, dass die Betreffende seit langer Zeit arbeitslos ist. Für alle *Als-ob-Arbeiter* gilt, dass das Streben nach einer regulären Erwerbsarbeit in der normativen Dimension zwar ungebrochen ist, diese Orientierung sich jedoch im realen Leben immer weniger durchhalten lässt. Eine wachsende Kluft zwischen normativen Orientierungen und Erwerbschancen charakterisiert die Verarbeitungsformen und Handlungsstrategien dieser Befragten. Insgesamt umfasst auch die Grundkategorie der *Als-ob-Arbeiter* unterschiedliche Typen von Erwerbsorientierungen. Während etwa für Minijobber die Außendarstellung als Berufstätige und die Vermeidung von Aktivierungsanforderungen Priorität hat, stellen ehrenamtlich Engagierte, die ihre Tätigkeit wie eine Vollzeitbeschäftigung organisieren und ausüben, auf soziale Kontakte und Wertschätzung ab. Das gelingt allerdings immer nur annäherungsweise. Denn auch die „Selbsttätigen“, die sich mitunter im bürgerschaftlichen Engagement geradezu aufopfern, lassen keinen Zweifel daran, dass Ehrenämter und Eigenaktivitäten eine bezahlte, reguläre Erwerbsarbeit nicht zu ersetzen vermögen.

Phänomenologie der Nicht-Arbeit

Angesichts der Tatsache, dass sich die Mehrzahl der von uns befragten Leistungsbezieher den Grundkategorien *Um-jeden-Preis-Arbeiter* und *Als-ob-Arbeiter* zuordnen lassen und nach einer regulären, Existenz sichernden und sozial anerkannten Erwerbsarbeit streben, ließe sich erwarten, dass zumindest die *Nicht-Arbeiter* Einstellungen aufweisen, die gemeinhin der „Unterschicht“ zugeschrieben werden. In der Tat repräsentieren diese Befragten Orientierungen an einem Leben jenseits regulärer Erwerbstätigkeit. Dabei handelt es sich um heterogene, wahrscheinlich temporäre Formen von (Selbst-)Ausschluss und Isolation. Mit regulärer Erwerbsarbeit verbundene Dispositionen wurden entweder nie angeeignet oder im Zuge jahrelanger erfolgloser Arbeitssuche nach und nach aufgegeben. An ihre Stelle sind andere Normen, Tätigkeitsformen und Lebensentwürfe getreten. Bei genauerem Hinsehen lassen sich unter den *Nicht-Arbeitern* zwei charakteristische Ausprägungen herausarbeiten. Wir be-

zeichnen die entsprechenden Gruppen als *Konventionelle* und *Verweigerer*.

Spezifisch für die *Konventionellen* ist, dass sie Erwerbsarbeit als gesellschaftliche Norm zwar akzeptieren, sich selbst jedoch unter die akzeptierten Ausnahmen rechnen. Den Anschluss an die gesellschaftliche Normalität suchen sie über sozial anerkannte, konventionelle Rollen und Lebensentwürfe, die als komplementär zur Erwerbsarbeit gelten können. Dass Erwerbsarbeit für die Betroffenen kein individuelles Handlungsziel darstellt, hängt mit unterschiedlichen Faktoren wie frustrierenden Erfahrungen mit andauernder Arbeitslosigkeit oder generell fehlender Arbeitserfahrung zusammen.

Eine charakteristische Verarbeitungsform, die wir häufig bei Frauen finden, die aus der Sozialhilfe kommen, ist der Versuch, durch Ausübung der Mutterrolle einen symbolischen Anschluss an die gesellschaftliche Normalität herzustellen. Sie sind durchaus bereit, nebenbei zu jobben, wenn die Erwerbsarbeit mit ihrem Familienarrangement vereinbar ist. Im Vordergrund stehen jedoch der temporäre Zuverdienst in finanziell kritischen Zeiten oder das Bedürfnis nach sozialen Kontakten außerhalb der Familie. Für alle Ausprägungen *konventioneller Nicht-Arbeit* gilt, dass Erwerbsarbeit nicht den Kern des eigenen Identitätskonzeptes bildet. Vielmehr steht das Wohl der Familie bzw. der Kinder im Zentrum. Folglich spielt das Thema Erwerbsarbeit in den Interviews eine untergeordnete Rolle; Wünsche hinsichtlich beruflicher Tätigkeit werden etwa nur auf Nachfrage hin geäußert und bleiben biographisch abstrakt. Typisch sind hingegen Selbstevaluationen nach dem Motto „Ja, und jetzt bin ich schon ganz lange Hausfrau und Mutter“. Niedrige oder fehlende Schul- bzw. Berufsbildungsabschlüsse geben den Hintergrund ab für die eher implizite „Wahl“ der Hausfrauen- und Mutterrolle. Ein solcher Lebensentwurf, der der traditionellen Rollenteilung zwischen den Geschlechtern entspricht, ist nicht per se problematisch. Er wird es erst, wenn Ehe- oder Lebenspartner dieses Arrangement kündigen oder der traditionellen Ernährerrolle nicht ausreichend nachkommen (können). Zwar war es schon im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG, § 18 Abs. 1,3) möglich, Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher anzuhalten, durch eigene Arbeit die Hilfebedürf-

tigkeit zu verringern; durchgesetzt wurde es hingegen kaum. Der erzwungene „familiäre Rollentausch“ tritt tatsächlich erst mit Einführung des Arbeitslosengeldes II ein.¹⁶ Die befragten Leistungsbezieherinnen sehen sich mehr oder weniger unvermittelt mit der „Nicht-(mehr-)Anerkennung“ und Nicht-Duldung ihres ursprünglichen Lebensentwurfs konfrontiert. In ihrem bisherigen Leben eingerichtet, können sie die neuen Anforderungen kaum in konkretes Handeln umsetzen. Sie fühlen sich überfordert und viele von ihnen versuchen an ihrem gewohnten Status als Hausfrau und Mutter festzuhalten: „... es ist eben so, ich bin da so reingewachsen“.

Der andere Teil der *konventionellen Nicht-Arbeiter* versucht durch Verrentung, etwa aus Krankheitsgründen, den anerkannten Ausstieg aus dem Hilfesystem zu vollziehen. Die Betroffenen arbeiteten lange in unsteten, prekären Beschäftigungsverhältnissen. Nach einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von mehr als zwei Jahren Dauer sehen sie aufgrund ihres Alters (meist über 45 Jahre) oder einer Erkrankung für sich nur noch geringe Chancen auf eine reguläre Beschäftigung mit ausreichendem Einkommen. Selbstbeschränkung, fortgesetzte Enttäuschung sowie das Gefühl von Überflüssigkeit und Entwertung ihrer Arbeits- und Lebenserfahrung mündeten schließlich in ein „Sich-Fügen“ in das „unvermeidliche“ Leben ohne Erwerbsarbeit. Die Akzeptanz des Nicht-Arbeits-Status fällt im Regelfall leichter, wenn die vorherrschenden Erwerbsmotive eher instrumentell begründet waren. Es ist zu vermuten, dass es bei den betreffenden *Konventionellen* schon während der Erwerbstätigkeit Aktivitätsbereiche wie etwa Familie, Hobby oder Wohnumfeld gab, die ein funktionales Äquivalent zur Berufstätigkeit bildeten. Mit dem Eintritt der Arbeitslosigkeit beginnen sie die normative und faktische Orientierung auf Erwerbsarbeit zu verdrängen. Im Gegensatz zu anderen Befragten erzählen die Betroffenen aus eigenem Antrieb so gut wie nichts über frühere Arbeitstätigkeiten; wenn doch, wird deutlich, dass sie persönlich mit dem biographischen „Thema“ Erwerbsarbeit weitgehend abgeschlossen haben: „Nicht, dass ich sage, ich

¹⁶ Vgl. Matthias Knuth, „Hartz IV“ – die unbegriffene Reform, in: Sozialer Fortschritt, 55 (2006), S. 160–168, hier S. 164.

habe keine Lust zum Arbeiten, bloß dass ich keine kriege, und da gestalte ich mir mein Leben wie ich's für richtig halte. Und das war's.“ Was aber aus der Sicht des Einzelnen identitätsstabilisierend erscheint, ist unter dem Aktivierungsparadigma des Sozialgesetzbuches (SGB) II gesellschaftlich unerwünscht und sanktionsfähig.

Insgesamt gilt für die *konventionellen Nicht-Arbeiter*, dass sie im Unterschied zu den *Um-jeden-Preis-* und den *Als-ob-Arbeitern* Alternativen zur Erwerbsarbeit in ihr Lebenskonzept integrieren können. Zugleich streben sie jedoch nach einem gesellschaftlich anerkannten Ausstieg aus der Arbeitslosigkeit und dem damit verknüpften Aktivierungssystem. Der Anschluss an soziale „Normalität“ strukturiert die – durchaus eigensinnigen – Bemühungen. Familienarbeit und Verrichtung gelten als anschlussfähig und mehrheitlich akzeptiert.

Anders sieht das bei jenen aus, die auch keinen symbolischen Anschluss an die Erwerbs-Gesellschaft (mehr) suchen. Diese *Verweigerer* praktizieren bewusste Nicht-Arbeit als gesellschaftlichen Gegenentwurf. Während sich die *Konventionellen* in gewisser Weise als legitime Ausnahmen einer prinzipiell auch von ihnen anerkannten Verpflichtung zur Erwerbsarbeit begreifen, stellen die *Verweigerer* diese Norm in ihrer universellen Geltung in Frage. Ausgrenzung wird von ihnen nicht rationalisierend bewältigt, sondern schlägt in gezielte Selbstaussgrenzung um. Teilweise mit ausführlicher politischer Begründung wird die Tolerierung von Alternativen zur Erwerbsarbeit gefordert und der Status der Arbeitslosigkeit als „unkonventionell“, „unabhängig“ oder „widerständig“ aufgewertet. Lebensweltliche Bezugsordnungen sind politische oder subkulturelle Szenen, aber auch ethnische Netzwerke. Solche sozialen Beziehungsstrukturen sind ein notwendiger und wirksamer Ersatz für soziale Integration in und durch Erwerbsarbeit. Sie gewähren im Regelfall Wertschätzung, bieten Orientierung und Stabilität und kompensieren auf unterschiedliche Weise auch ökonomischen Mangel. Im Gegensatz zu den anderen *Nicht-Arbeitern* verfügen die *Verweigerer* damit häufig über einen relativ weiten sozialen Handlungskontext, der ein Überleben am Rande der Gesellschaft ermöglicht. Wie sich das langfristig auf die Erwerbsorientierung

der Betroffenen auswirkt, ist auf Grundlage einer Ein-Punkt-Untersuchung nicht zu entscheiden.

Intendierte und nicht intendierte Reformwirkungen

Die skizzierten Erwerbsorientierungen stehen nicht in einem kausal-mechanischen Zusammenhang zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik. Dennoch haben strenge Zumutbarkeitsregeln subjektive Folgen. Festhalten lässt sich zunächst, dass selbst die *Verweigerer* unter den Leistungsbeziehern nicht einfach passiv sind. Das engagierte Ausüben einer anerkannten Alternativrolle, Pflege von Nachbarschaftskontakten oder Aktivitäten in Szenemilieus sind Formen eigensinniger Aktivitäten, auf die wir gerade in der Gruppe der *Nicht-Arbeiter* stoßen. Allerdings sind diese Aktivitäten überaus fragil und nicht alle Befragten sind gleichermaßen engagiert. So umfasst die Gruppe eben auch jene demoralisierten Sozialhilfebezieher, denen jegliche Zeitstruktur und mit ihr die Planungsfähigkeit für das eigene Leben abhanden gekommen ist. Kinderreiche ALG-II-Empfänger mit einem Transfereinkommen, welches das erwartbare Arbeitsentgelt überschreitet, sind bei den bewussten *Nicht-Arbeitern* ebenfalls präsent. Und doch ist auch dies noch kein Beleg für das Klischee vom „faulen Arbeitslosen“. Es handelt sich dabei wohl eher um einen Fall von Institutionenversagen als von Sozialmissbrauch, den es bei Minderheiten sicherlich auch gibt. Ein solches Versagen mittels strenger Zumutbarkeitsregeln oder einer weiteren Reduzierung der Transferleistungen („Senkung des Reservationslohns“) beheben zu wollen, gleicht der berühmten Quadratur des Kreises. Die eigensinnigen Aktivitäten der Befragten konterkarieren derartige Kalküle. Faktisch haben die meisten Befragten Überlebenstechniken entwickelt, mit deren Hilfe sie durchaus in der Lage sind, Leistungskürzungen und finanzielle Sanktionen zu unterlaufen. Informelle Arbeit, Nachbarschafts- und Szenekontakte werden auf vielfältige Weise genutzt, um Sanktionen die Spitze zu nehmen.

Als entscheidende Schlussfolgerung lässt sich festhalten, dass die Anwendung strenger Zumutbarkeitsregeln, gemessen an den damit verfolgten arbeitsmarktpolitischen Intentio-

nen, weitgehend wirkungslos bleibt. Die Gruppen der *Um-jeden-Preis-Arbeiter* sind ohnehin bereit, nahezu alle Formen der Erwerbstätigkeit zu akzeptieren, um einem Leben unterhalb der „Schwelle der Respektabilität“ zu entgehen. Maßnahmen der Arbeitsverwaltung werden häufig als überflüssig, sinnlos oder gar als Drangsalierung erlebt, weil die aktiv angestrebte Erwerbsarbeit gerade nicht zur Verfügung gestellt werden kann. Auch in den Gruppen der zweiten Kategorie verpufft der aktivierende Anspruch strenger Zumutbarkeitskriterien: die *Als-ob-Arbeitenden* würden liebend gerne einer regulären Beschäftigung nachgehen. Ein-Euro-Jobs sind für sie keine Bestrafung, sondern eine Möglichkeit, die Fassade der Normalität für kurze Zeit aufrecht zu erhalten. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit wird es für sie jedoch immer schwieriger, die Kluft zwischen Norm und Realität zu überbrücken. Die Handlungsstrategien der *Nicht-Arbeiter* schließlich sind mit harten Sanktionen ohnehin kaum zu beeinflussen.

Da sich Abstiegsprozesse in der sozialen Nachbarschaft derjenigen vollziehen, die sich noch immer in geschützten Beschäftigungssegmenten befinden, stellt sich ein anderer Effekt der Arbeitsmarktreformen ein. Als Symbol des „jederzeit möglichen Abstiegs ohne soziale, berufs- und einkommensbezogene Auffanglinie“¹⁷ sorgt Hartz IV dafür, dass – wie uns befragte Experten versicherten – gerade beschäftigte Arbeiter und Angestellte alles versuchen, um einem solchen Schicksal zu entgehen. Insofern erreicht der disziplinierende Effekt strenger Zumutbarkeit eher die Noch-Beschäftigten als die Arbeitslosen.

Auch deshalb erweist sich die Vorstellung einer kulturell weitgehend homogenen Unterschicht, die sich von der „gesunden“ Mehrheit separiert, als bloße Fiktion. Schon in früheren Zeiten waren die gesellschaftlichen Rand- bzw. Unterschichten sozial und kulturell äußerst heterogen zusammengesetzt.¹⁸

¹⁷ Frauke Hamann/Frank Nullmeier, Die Konkurrenzgesellschaft. Zum Wandel von Sozialstruktur und Politik in Deutschland, in: Vorgänge, 45 (2006) 176, S. 5–12, hier S. 11 f.

¹⁸ Vgl. z.B. Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, Wiesbaden 2006⁴, S. 261 ff.

Daran werden weder *fast food* noch „Unterschichtenfernsehen“ etwas ändern. Auch die kulturpessimistische Deutung einer breiten Abkehr der Unterschichten von den Werten der Mehrheitsgesellschaft bestätigt sich so nicht. Überraschend ist eher, mit welcher Ausdauer und Intensität selbst langjährige Arbeitslose am Ziel einer regulären, Existenz sichernden Erwerbsarbeit festhalten. In diesem Punkt läuft die aktivierende Arbeitsmarktpolitik mit ihren strengen Zumutbarkeitsregeln gewissermaßen offene Türen ein. In anderer Hinsicht wirkt sie jedoch geradezu fatal. Unbeabsichtigt und vielfach ungemerkt bringt sie Arbeitslose, die sich in ihren Erwerbsorientierungen eindeutig von allen Spielarten eines „Unterschichtenhabitus“ abheben, in die Nachbarschaft zu sozial Deklassierten.

Der neue institutionelle Rahmen stellt offenbar über den Leistungsbezug eine Verfahrenshomogenität her, die sozial und auch kulturell gerade nicht existiert. Durch diese „nivellierende Logik“, die höchst unterschiedliche soziale Gruppen mit äußerst heterogenen Erwerbsbiographien zu einem Leben an der „Schwelle der Respektabilität“ verurteilt, werden unweigerlich soziale Spannungen erzeugt, die offenkundig bereits zu Legitimationsverlusten nicht nur der Arbeitsmarktakteure und -institutionen, sondern des gesamten politischen Systems geführt haben. Insofern bewirkt eine Politik der „fundamentalen Selbstständigkeit“, wie sie sich in der Abkehr vom Status erhaltenden Wohlfahrtsstaat äußert, möglicherweise das Gegenteil einer an bürgerlichen Tugenden und Idealen orientierten Aktivierung. Indem sie die beschriebene Verfahrenshomogenität diskursiv nachvollzieht, trifft auch auf die deutsche „Unterschichtendebatte“ zu, was das „Pseudo-Konzept“ der „underclass“ allgemein kennzeichnet: Wo immer es angewendet wird, dient es dazu, den „Opfern selbst die Schuld“ für das „angebliche Aufkommen einer neuen Gruppe ungezügelter und desintegrierter Armer“ zu geben.¹⁹ Mit den empirisch ermittelbaren Erwerbsorientierungen unserer Befragten haben solche Zerrbilder indes wenig gemein.

¹⁹ Loïc Wacquant, Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays, Gütersloh u. a. 2006, S. 198.

Unsicherheiten im Lebensverlauf um 1900 und um 2000

Die Menschen moderner Gesellschaften fühlen sich heute zunehmenden biographischen Unsicherheiten ausgesetzt: Ihr Lebensverlauf erscheint ihnen immer weniger vorhersehbar, einschätzbar und planbar. So lautet die aktuelle Diagnose zahlreicher Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. In der öffentlichen Diskussion stößt diese Auffassung auf große Zustimmung. Vor allem der zunehmend unsicherer, flexibilisierter und deregulierter werdende Arbeitsmarkt trägt dazu bei, dass die Menschen nicht nur ihre berufliche Perspektive, sondern

ihren gesamten Lebensverlauf als offen und tendenziell fragil erleben. Biographische Sicherheit – die Erwartungen und Gewissheiten, die wir hinsichtlich unserer Zukunft und unseres eigenen Lebensverlaufs entwickeln – scheint dadurch in hohem Maße gefährdet.

Aber ist Verunsicherung nicht ein Problem, das die Menschen moderner Gesellschaften seit jeher beschäftigt? Hat nicht der stete Wandel – zentrales Kennzeichen der Moderne – fortwährend neue Ungewissheiten produziert? Schilderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse und Probleme um die Jahrhundertwende 1900 offenbaren verblüffende Parallelen zur heutigen Diagnose. Auch für die damalige Zeit lassen sich – beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt, bedingt durch die Industrialisierung – gravierende Unsicherheiten

und Veränderungen belegen, die sich einschneidend auf die Lebensverläufe der Menschen auswirkten.¹ Und lese ich in den Lebensbeschreibungen von vor einhundert Jahren lebenden Menschen, dann scheint mir, dass Unsicherheit auch schon damals Angst und Schrecken verbreitete. „Chaos“, ist das Wort, mit dem zum Beispiel Wassily Kandinsky die unsichere Atmosphäre seiner Zeit beschrieb, ein Chaos, das „den Menschen zum Verzweifeln führt“.²

Doch auch wenn Unsicherheit ein allgegenwärtiges Phänomen der Moderne zu sein scheint, so wird heute dennoch meist von einer *Zunahme* tief greifender gesellschaftlicher Ungewissheiten ausgegangen. Jürgen Habermas beispielsweise hat eine „neue Unübersichtlichkeit“³ diagnostiziert, Zygmunt Bauman gar vom „Ende der Eindeutigkeit“⁴ gesprochen, und Ulrich Beck⁵ einen gravierenden Unsicherheitsschub zum zentralen Problem der Gegenwart erklärt. Umgekehrt wird in der Wissenschaft zugleich eine Zunahme an Sicherheit diagnostiziert, die sich zum Beispiel in der immer höheren Lebenserwartung der Menschen ausdrücke.⁶

In dieser kontroversen Debatte blieb bislang unbeantwortet, ob es tatsächlich einen „objektiven“ Anstieg biographischer Unsicherheiten gibt und ob sich die Menschen heute in ihrer Lebensgestaltung stärker verunsichert *fühlen* als in früheren Zeiten. Um einer Antwort auf die letzte Frage näher zu kommen, habe ich aus historisch vergleichender Perspektive die Lebensbeschreibungen zweier Gruppen von Künstlerinnen und Künstlern analysiert, die um die Jahrhundertwenden 1900 und 2000 lebten bzw. leben.⁷ Aus dieser

¹ Vgl. Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, München 1990.

² Wassily Kandinsky, *Essays über Kunst und Künstler*, Stuttgart 1955, S. 88.

³ Vgl. Jürgen Habermas, *Die neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt/M. 1985.

⁴ Vgl. Zygmunt Bauman, *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Hamburg 1992.

⁵ Vgl. Ulrich Beck, *Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt/M. 1986.

⁶ Vgl. Arthur Imhof, *Von der unsicheren zur sicheren Lebenszeit. Fünf historisch-demographische Studien*, Darmstadt 1988.

⁷ Vgl. Helga Pelizäus-Hoffmeister, *Biographische Sicherheit im Wandel? Eine historisch vergleichende Analyse von Künstlerbiographien*, Wiesbaden 2006.

Helga Pelizäus-Hoffmeister
Dr. rer. pol., geb. 1961; wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität der Bundeswehr München, Professur für Allgemeine Soziologie, Werner-Heisenberg-Weg 39, 85577 Neubiberg.
Helga.pelizaesus-hoffmeister@unibw.de
www.unibw.de/soziologie/personen/wissenschaftlichemitarbeiter/pelizaesus-hoffmeister

Studie können zwar keine allgemeingültigen Schlussfolgerungen gezogen werden. Dennoch bieten die dort sichtbaren Wandlungstendenzen wichtige Anhaltspunkte dafür, was sich in der Wahrnehmung der Menschen in den vergangenen einhundert Jahren verändert hat. Zudem sind die Beschreibungen von Angehörigen dieser spezifischen Berufsgruppe besonders gut geeignet, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie man sich Veränderungen in der Lebensgestaltung unter den Bedingungen eines unsicheren und flexiblen Arbeitsmarktes vorstellen kann. Denn in dieser Hinsicht sind Künstlerinnen und Künstler geradezu Pioniere.

Deutung von Unsicherheiten

Um verstehen zu können, wie Menschen mit ihrer unsicheren und ungewissen Zukunft umgehen, ist zuerst danach zu fragen, wie sie diese wahrnehmen und deuten. Erscheinen ihnen Unsicherheiten beispielsweise als äußere Bedrohungen, denen sie sich ausgeliefert fühlen und die sie nicht durch eigenes Handeln bewältigen können? Oder begreifen sie sie eher als Herausforderungen für das eigene Tun? Mit diesen unterschiedlichen Überzeugungen sind verschiedene Vorstellungen von der eigenen Person verbunden. Im ersten Fall fühlt sich der Mensch vor allem als „Opfer“, fremdbestimmt und der unsicheren Umwelt hilflos ausgeliefert; im zweiten sieht er sich als einen autonomen Menschen mit hohem Kontrollbewusstsein, der in der Lage ist, Unsicherheiten aktiv zu bekämpfen. Es ist zugleich zu berücksichtigen, dass eine offene und unsichere Zukunft zwar prinzipiell negativ, aber durchaus auch positiv erfahren werden kann. Sie muss den Menschen nicht notwendig als Problem erscheinen, sondern kann gleichfalls als ein hoher Freiheitsgrad verstanden werden, als eine Chance auf neue gute Gelegenheiten und Erfahrungen. Von diesen Überzeugungen hängt es im Wesentlichen ab, welche Strategien die Menschen wählen, um biographische Sicherheit zu gewinnen.

Im Folgenden möchte ich schildern, wie sich das subjektive Erleben von Unsicherheit zwischen den Jahrhundertwenden 1900 und 2000 verändert hat und welche Bedeutung dies für die jeweilige individuelle Lebensplanung hatte bzw. hat.

An erster Stelle zeigt sich, dass eine ungewisse biographische Zukunft um 2000, also heute, nicht mehr ausschließlich negativ betrachtet wird.¹⁸ Um 1900 wurde Unsicherheit dagegen stets im Sinne eines Defizits gedeutet: als unzureichender Zustand, der starke persönliche Verunsicherung hervorrief und den es daher dringend zu beseitigen galt. Das Bestreben nach Sicherheit und Eindeutigkeit war so stark, dass häufig sogar eindeutig negativ bewertete Ereignisse der reinen Ungewissheit vorgezogen wurden. Die schlechte Nachricht über einen Krankheitsbefund zum Beispiel war in diesem Sinne besser als keine Nachricht.

Demgegenüber existiert heute zugleich auch eine Positiv-Variante. In diesem Fall wird die unsichere, offene Zukunft als eine Erweiterung der eigenen Handlungsoptionen erlebt, die verbunden ist mit vielfältigen Chancen auf neue und interessante Lebensabschnitte und Erfahrungen. Zeitlich befristete Jobs beispielsweise, die eine unklare und unsichere Zukunft bedeuten, vermitteln Angehörigen der Berufsgruppe der Künstler heute offenbar zugleich ein Gefühl von Freiheit, da sie sich nach Beendigung eines Arbeitsverhältnisses immer wieder neu orientieren können. Auch empfinden sie zukünftige Ungewissheit häufig als eine Art der Legitimation dafür, von den verschiedensten Lebenswegen „träumen“ zu können.

Eine Künstlerin, ich nenne sie Frau Engel, betonte beispielsweise: „Ich bin glücklich, dass ich als Künstlerin keine eindeutigen Ziele haben muss.“¹⁹

Um 1900 konnten die Interpretationen von Unsicherheit relativ eindeutig zwei verschiedenen Mustern zugeordnet werden: Ein Teil

¹⁸ Um präzise Aussagen über die Wandlungstendenzen machen zu können, wurden in der Studie sowohl die Unterschiede als auch die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Jahrhundertwenden herausgearbeitet. Da in diesem Beitrag die Unterschiede im Vordergrund stehen, werden die zahlreichen Parallelen vernachlässigt, ohne dass damit behauptet werden soll, dass diese nicht existieren.

¹⁹ Um die Anonymität der Befragten zu gewährleisten, sind die Namen der Künstlerinnen und Künstler der Gegenwart frei erfunden.

der Menschen fühlte sich hilflos ausgeliefert, der andere verstand Unsicherheit als eine Aufforderung für eigenes aktives Eingreifen, um die Zukunft in ihrem Sinne zu steuern. Im ersten Fall erschien Unsicherheit den Menschen als eine äußere Bedrohung – zum Beispiel als Schicksal oder Zufall interpretiert –, die nicht durch eigenes Tun zu bewältigen war. In diesem Fall wurde die ungewisse Zukunft als nicht einschätzbar und nicht kontrollierbar erlebt. Die Menschen fühlten sich ihr ausgeliefert, fremdbestimmt und wenig in der Lage, ihr Leben aktiv zu gestalten.

„Das Leben war zu provisorisch, um befriedigend zu sein – ich konnte es nicht ändern und beschied mich damit“, so brachte zum Beispiel Gabriele Münter ihre empfundene Hilflosigkeit zum Ausdruck.

Unerwartete Ereignisse, positive wie negative, wurden von diesen Menschen auf die äußeren Umstände zurückgeführt. Beruflicher Erfolg beispielsweise erschien ihnen nicht als Folge eigenen Engagements oder Könnens, sondern wurde vor allem durch glückliche Umstände erklärt.

Ganz anders reagierten die Anderen. Unsicherheit wurde von ihnen als eine *Herausforderung* zum aktiven Handeln angenommen. Sie waren von der Berechenbarkeit, Einschätzbarkeit und Kontrollierbarkeit der zukünftigen Ungewissheit überzeugt, was für sie die Grundlage ihrer aktiven Lebensgestaltung bildete. Ungewisse Situationen schienen ihnen vor allem als Bedingung oder Ergebnis eigenen Wirkens. „Wille und Disziplin ist alles“, sagte zum Beispiel Paul Klee, ein Protagonist dieser Gruppe. Die Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen materiellen Sicherung beispielsweise wurde als Aufforderung verstanden, diese durch besonders findiges Haushalten und durch Sparsamkeit zu bewältigen. Nie wurde die Situation als solche beklagt, sondern allenfalls das mangelnde eigene Vermögen, damit umzugehen. Diese Anschauung ging einher mit einem Gefühl von Autonomie, von Kontrollbewusstsein und einem hohen Maß an eigener Verantwortung.

Paul Klee brachte diese Überzeugungen in folgenden Zitaten zum Ausdruck: „Ich neige dazu, mich immer wieder schnell zu retten.

Ich will nicht, dass mich irgendetwas überwächst.“ Oder: „Ich fühle mich frei . . . alles zu unternehmen, was ich selbst verantworten kann.“

Zu diesen beiden Formen der Interpretation von Unsicherheit kommt um 2000 eine weitere hinzu. Viele Menschen sind heute nicht nur verunsichert, weil ihnen die Zukunft offen und ungewiss erscheint. Sie fühlen sich darüber hinaus nicht einmal in der Lage, zu bestimmen, woher die Ungewissheit kommt. Entsteht sie als Folge eigener Handlungen und konnte durch eigenes Tun bewältigt werden? Oder ist sie auf äußere, unkontrollierbare Faktoren zurückzuführen? Diese doppelte Verunsicherung ist heute bei vielen Menschen Anlass zu starker persönlicher Besorgnis.

Für Herrn van Doren beispielsweise war die Ungewissheit so bedrückend und belastend, dass er verblüfft war, wenn er sie hin und wieder auch vergessen konnte: „Ich kann’s noch nicht mal beschreiben, warum’s Tage gibt, wo mir das dann . . . wo ich nicht darüber nachdenke. . . . Diese Verunsicherung die man hat. . . . Auch wenn man das Radio anmacht. Und man hört jeden Tag eine andere Information. . . . Kein Mensch weiß mehr, worum es überhaupt geht.“

Bei diesen Menschen verband sich das Erleben von Unsicherheit mit einem Gefühl der Ambivalenz. Ambivalent erschien ihnen dabei nicht nur die unsichere Welt; ambivalent erschien ihnen zugleich auch die Rolle, die sie selbst bei der Lebensgestaltung spielten. Denn einerseits waren sie von der Erfolglosigkeit eigenen Handelns überzeugt; andererseits aber galt ihnen die aktive Auseinandersetzung als einzige Möglichkeit, endgültiges „Scheitern“ im Lebensverlauf zu vermeiden.

Frau Morena zum Beispiel betonte: „Man muss schon sehr progressiv vorgehen, aber das ist dann auch wieder schlecht“. So führte sie den „Kampf“ um den beruflichen Erfolg höchst engagiert und motiviert; gleichzeitig aber war sie davon überzeugt, dass es nicht von ihrem Können und ihrer Motivation abhing, ob sie erfolgreich war oder nicht.

Die doppelte Verunsicherung wurde von einigen Menschen aber auch positiv gedeutet.

Denn wenn gar nichts mehr klar und eindeutig war, dann konnte die offene Zukunft immer auch anders interpretiert werden. Mochten diesen Menschen bestimmte Handlungsoptionen am Vortag noch als die einzig richtigen erschienen sein, so konnten sie sich am nächsten Tag dennoch ohne Probleme und Rechtfertigungsdruck für völlig andere entscheiden. Wurde ein Ereignis gerade noch als bedenklich und zu riskant eingestuft, so konnte es ihnen im nächsten Augenblick durchaus als eine Chance erscheinen, die sie nicht verpassen durften. Die verschärfte Unsicherheit und Ambivalenz erlebten diese Menschen als eine Art Freiheitsgewinn, der es ihnen gestattete, ihre Aktivitäten an wechselnden Wünschen und Zielen, aber auch an sich verändernden äußeren Bedingungen zu orientieren.

Herr Pattini zum Beispiel betonte, dass Ambivalenz eine wichtige Basis seines Lebens darstelle. „Es gehört dazu, es ist wie der Gegensatz. Denn wenn es das nicht gibt, dann weißt du nicht, was anders sein könnte.“

Zu persönlicher Verunsicherung und Besorgnis kam es nicht, weil diese Menschen sowohl ihrem eigenen erfolgreichen Handeln vertrauten als auch ihrem sozialen Umfeld, das ihnen – das war ihre Überzeugung – jederzeit Unterstützung, Anregung und Hilfeleistung versprach.

Die grundlegende Überzeugung von Herrn Tomsy in diesem Sinne: „Es gibt immer Menschen, die zu dir stehen.“ Es gab Andere, die vertrauten zudem Gott oder einem Schutzengel, die ebenso dafür sorgen würden, dass sich alles zum Guten hin wenden würde.

Wandel der Bewältigungsstrategien

Bei den Formen der Unsicherheitsbewältigung zeigte sich, dass um 2000 die *eigenen* Überzeugungen und Ideen bei der Gestaltung des Lebensverlaufs eine immer wichtigere Rolle spielen. Bei der Planung der Zukunft orientieren sich die Menschen heute vor allem an eigenen Bedürfnissen und Zielsetzungen und immer weniger an gesellschaftlichen „Normalitätsvorstellungen“; also an dem, was „man zu tun“ hat. Demgegenüber hatten die Menschen um 1900 noch klare und eindeutige, gesellschaftlich geprägte Auffas-

sungen davon, wie ein „gutes und richtiges“ Leben (geschlechtsspezifisch unterschiedlich) auszusehen hatte, selbst wenn es nicht den eigenen Vorstellungen entsprach. Diese Gewissheiten scheinen um 2000 geschwunden zu sein.

Frau Messner zum Beispiel stellte fest, „dass es keine ‚Gesetze‘ mehr gibt“, die Halt und Sicherheit versprechen würden, so dass das Leben nur noch nach eigenen Vorstellungen gestaltet werden konnte.

Dieses Schwinden gesellschaftlicher „Leitvorstellungen“ spiegelt sich besonders deutlich beim so genannten „Normallebenslauf“¹⁰ wider. Dieser stellt eine Art Muster dafür dar, wie der Lebenslauf gestaltet sein sollte und wann für bestimmte Entscheidungen die richtige Zeit ist. Er gliedert zum Beispiel das Leben der Männer in drei Phasen: in die Phase der Vorbereitung auf den Beruf, die der Erwerbstätigkeit und die der nachgelagerten Ruhephase. Der weibliche „Normallebenslauf“ erscheint komplexer, da sich bei ihm die Bereiche Familie und Erwerbsarbeit nicht problemlos vereinbaren lassen. Die Erwerbsarbeit hat bei der Frau den Status eines Zusatzprogramms, während die Familie – zumindest in der Familienphase – ihr Leben bestimmt. Die Geltung dieser Leitvorstellungen, die den Menschen ein „Gerüst“ für die eigene Lebensplanung hätten bieten können, scheint sich um 2000 zunehmend gelockert zu haben.

Um 1900 war die Ausrichtung des eigenen Lebens auf den gesellschaftlich erwünschten „Normallebenslauf“ selbstverständlich. Selbst wenn die Erfüllung der Konventionen nicht einfach schien, wurden doch alle Bemühungen darauf gerichtet, dem Idealbild möglichst nahe zu kommen. Um 2000 hingegen dient dieses Leitbild immer weniger der Orientierung. Teilweise werden seine normativen Vorgaben sogar explizit abgelehnt. Was früher als selbstverständlich galt, wird heute häufig kritisch hinterfragt. So war beispielsweise die Eheschließung um 1900 eine unhinterfragte Selbstverständlichkeit, wenn man plante, eine

¹⁰ Vgl. zum Normallebenslauf Martin Kohli, Die Institutionalisierung des Lebenslaufs, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 37 (1985), S. 1–29.

Familie zu gründen. Heute hat sie für viele an Bedeutung verloren.

Frau Morena etwa sagte zur Institution der Ehe: „Ja gut, wenn man sich dieses Versprechen geben möchte. Dann ist das vielleicht sogar etwas sehr Schönes. Aber für mich nicht, für mich hat es keinen Stellenwert. Muss ich wirklich sagen.“

Teilweise ist es heute aber auch die mangelnde Passung, die das Leitbild in Frage stellt. Denn wie kann das Drei-Phasen-Modell des „Normallebenslaufs“ angestrebt werden, wenn die Phase der eigenen Erwerbstätigkeit durch häufige Arbeitslosigkeits- und Weiterbildungsphasen immer wieder unterbrochen wird oder wenn aufgrund materieller Unterversorgung selbst eine Rentnerin weiterhin zur Erwerbsarbeit gezwungen ist?

Und in den wenigen Fällen, in denen sich die Befragten um 2000 am „Normallebenslauf“ orientierten, wurde dies von ihnen als eine bewusste Entscheidung beschrieben, die allerdings eine weniger hohe Verbindlichkeit hatte. Hier wurde die Anpassung als funktionales, sicheres Arrangement dargestellt, das der Verwirklichung der persönlichen Interessen besonders entgegenkam.

Es gibt heute nicht wenige Menschen, die – teilweise verzweifelt – nach „gültigen“ gesellschaftlichen „Regeln und Konventionen“ suchen, die dem eigenen Leben Halt und Sicherheit geben sollen. Doch ihre Suche verläuft nicht selten im Sande, so dass vielfach nur die „selbst gebastelten“ Überzeugungen als Anknüpfungspunkte für die zukünftige Lebensplanung bleiben. Und auch wenn diese Menschen oft an der Gültigkeit ihrer eigenen Sichtweisen zweifeln, so sehen sie dennoch keine andere Möglichkeit, als ihr Leben darauf aufbauend zu gestalten.

Um 1900 herrschte die Überzeugung, dass das Leben auf ein Ziel hin ausgerichtet sein müsse, dem sich die Menschen im Laufe ihres Lebens nähern sollten. Insofern stellte man sich ein „gelungenes“ Leben im Sinne einer Weiterentwicklung vor. Es sollte geprägt sein durch kontinuierlichen Fortschritt. „Brüche“ im Lebensverlauf galt es daher zu vermeiden. Falls sie dennoch auftraten, wurden sie als Abweichung behandelt und mussten explizit gerech-

fertigt werden. Ein Wechsel des Berufes beispielsweise entsprach nicht den gängigen Vorstellungen und musste, wollte man sich nicht dem Unverständnis des sozialen Umfeldes ausliefern, ausdrücklich begründet werden. Durch das Streben nach Kontinuität und Weiterentwicklung während des gesamten Lebens konnte ein starkes Sicherheitsgefühl entstehen, denn die Erfahrungen dienten den Menschen als richtungsweisend und als Fundament für gegenwärtige und zukünftige Entscheidungen.

Dagegen entwickeln die Menschen um die Jahrhundertwende 2000 höchst unterschiedliche Vorstellungen über den Verlauf ihres Lebens. Zwar ist die oben beschriebene Perspektive auch heute noch für viele wichtig. Aber es gibt auch Menschen, die nach Diskontinuität streben, die keine langfristigen Ziele verfolgen und die eher in „Projekten“ denken, als ihr gesamtes Leben vor Augen zu haben. Einige der Befragten beschrieben ihr Leben als eine Abfolge einzelner Lebensabschnitte, die völlig unabhängig voneinander existierten.

Herr Pattini betonte sogar: „Du bist jederzeit ein anderer Mensch, nicht nur jeden Tag, in einem Tag sogar“.

Andere fällten möglichst keine Entscheidungen, mit denen sie sich langfristig binden würden. Wieder andere handelten vor allem „projektbezogen“, das heißt, sie konzentrierten sich voll auf ihre gegenwärtige Situation und agierten dabei, ohne auch nur einen Gedanken an mögliche Konsequenzen in der Zukunft zu „verschwenden“. Diese „neuen“ Strategien finden sich vor allem bei jenen, die Ungewissheit lieben und die sich keinen potenziellen zukünftigen Chancen durch vergangene Festlegungen verschließen wollen.

Befragte, die Unsicherheit negativ erlebten, und das waren die meisten, strebten auch um 2000 noch nach Langfristigkeit und Kontinuität. Allerdings sahen sie sich immer weniger in der Lage, ihr Leben auf ein Ziel hin auszurichten. Aufgrund einer als völlig ungewiss wahrgenommenen Zukunft fühlten sie sich oft unfähig, überhaupt eindeutige Zielvorstellungen zu entwickeln.

Eine wesentliche Strategie, Sicherheit im eigenen Lebensverlauf zu erzeugen, sahen die Menschen um 1900 darin, ihr Leben mög-

lichst klar zu „ordnen“ und zu systematisieren. Dieses Vorgehen schlug sich häufig in ihren Tagebüchern nieder. Dort wurden vergangene Ereignisse beispielsweise chronologisch oder nach Wichtigkeit sortiert, nummeriert, logisch stringent festgehalten und bewertet. Dies konnte dazu dienen, das eigene Leben überschaubarer und eindeutiger zu machen. Zudem konnten so die eigenen vergangenen Erfahrungen eine Orientierungshilfe bei neuen Zielsetzungen sein.

Diese „Logik der Ordnung“ hat heute an Bedeutung verloren. Ein Grund dafür scheint zu sein, dass feste Strukturen auch als Einschränkung des eigenen Freiheitsraumes wahrgenommen werden. Ein anderer liegt wohl darin, dass der Glaube an allgemeingültige Regeln bzw. Konventionen fehlt, der die Grundlage einer Ordnung bilden kann. Die um 1900 lebenden Menschen waren davon überzeugt, dass es für jeden einen „richtigen“ Lebensweg gäbe, den es anzustreben gälte. Auch wenn ihnen die Welt oft verworren und unklar erschien, so glaubten sie doch fest an den tieferen Sinn ihres Lebens. Sie versuchten, diesem „vorgezeichneten Weg“ zu folgen: ihrem Leben durch diese Orientierung einen „roten Faden“ zu verleihen, an dem sich alle ihre Handlungen, Überzeugungen und Lebensbereiche orientierten.

Der Glaube an diesen einen „richtigen“ Lebensweg, der Halt und Sicherheit versprach, ist heute überwiegend nicht mehr vorhanden. Die Menschen sehen sich mit einer Vielfalt möglicher Lebenswege konfrontiert, zwischen denen sie wählen können, aber auch wählen müssen. Ein möglicher tieferer Sinn des eigenen Lebens scheint häufig zumindest unklar oder aber nicht vorhanden zu sein. Und auch der „rote Faden“ im eigenen Lebensverlauf scheint kaum noch Bedeutung zu haben. Diskontinuitäten, Widersprüchlichkeiten und Inkonsistenzen werden oft gar nicht als Problem empfunden, ein Hinweis darauf, dass sie inzwischen als selbstverständlich wahrgenommen und hingenommen werden.

Anhand der Lebensbeschreibungen der befragten Künstlerinnen und Künstler lassen sich im historischen Vergleich – wie oben geschehen – zahlreiche Unterschiede, sowohl in der Wahrnehmung von Unsicherheit als auch im Umgang mit ihr belegen. Neben einer ganzen Reihe neuer Aspekte, die heute in die

Gestaltung des Lebensverlaufs mit einfließen, zeigte sich allerdings auch, dass Bewältigungsstrategien, die in der Zeit der Jahrhundertwende um 1900 eine große Rolle spielten, ihre Bedeutung bis heute nicht verloren haben.

Fazit

Es bleibt zu resümieren, dass Unsicherheiten und Ungewissheiten, die den eigenen Lebensverlauf betreffen, heute überwiegend als tief greifender und umfassender wahrgenommen werden als um 1900. Dies spiegelt sich sowohl in den Interpretationen biographischer Unsicherheiten als auch in den Strategien ihrer Bewältigung wider.

Betrachtet man die Wahrnehmungen von Unsicherheit, so lässt sich um die Jahrhundertwende 2000 bis heute ein neues Interpretationsmuster belegen. Die Menschen sind in doppelter Weise irritiert: zum einen verunsichert durch die offene und ungewisse Zukunft, zum anderen durch das Problem, die Ursachen der Unsicherheiten nicht mehr erkennen zu können. Und wenn es nicht möglich scheint, deren Ursachen zu durchschauen, wird es umso schwieriger, geeignete Bewältigungsstrategien zu entwickeln. Auch die Strategien, welche die Menschen heute im Umgang mit Unsicherheiten wählen, lassen darauf schließen, dass Ungewissheiten schärfer als in der Vergangenheit erlebt werden. Denn die Menschen scheinen immer weniger in der Lage zu sein, klare und eindeutige Lebenswege und -ziele für sich zu definieren. Und auch die Suche einiger nach „gültigen“ gesellschaftlichen Regeln, die dem eigenen Leben Halt und Sicherheit versprechen könnten, scheint immer weniger von Erfolg gekrönt zu sein. Demzufolge zeigt sich heute eine unüberschaubare Vielfalt verschiedenster Lebensentwürfe und unterschiedlichster Strategien zur Bewältigung der Verunsicherungen.

Dieses Erleben gestiegener Ungewissheiten geht einher mit der Vermutung geringerer eigener Kontrollmöglichkeiten, ohne dass dabei allerdings die individuelle Verantwortung abgeschwächt würde. Vielmehr fühlen sich die Menschen heute in zunehmendem Maße gezwungen, ihren Lebensverlauf aktiv – und ohne Rückgriff auf gesellschaftliche Leitbilder – selbst zu gestalten, auch wenn sie

die Folgen ihres Handelns immer weniger einschätzen und planen können und damit die Gefahr des Scheiterns mehr denn je zu bestehen scheint.

Bleibt noch die Frage nach der Ursache für den beschriebenen Wandel, der allerdings in dieser Untersuchung nicht nachgegangen wurde und die auch in der aktuellen wissenschaftlichen Debatte bislang ungeklärt blieb. Es ist nach wie vor offen, ob sich die verstärkten Verunsicherungen vor allem vor dem Hintergrund faktisch gestiegener Unsicherheiten ergeben haben oder ob sie das Ergebnis kultureller Umdeutungen sind.¹¹

Ein bedenklich stimmender Befund der Studie ist, dass heute ein erheblicher Teil der Befragten von Gefühlen der Belastung, der Überforderung und der zunehmenden sozialen Isolation heimgesucht wird. Zahlreiche Aussagen verweisen auf Gefühle der Hilflosigkeit in der eigenen Lebensführung und auf die Suche nach einfachen und klaren Lösungen. Dass diese Suche auch in einen Beitritt in extreme – auch nationalistische – Gruppierungen münden kann, ist ein Problem, dass zunehmend auch in der Wissenschaft diskutiert wird.¹²

Aber – und auch das ist ein wichtiges Ergebnis – die wahrgenommene gestiegene Ungewissheit führt heute nicht zwangsläufig zu persönlicher Verunsicherung. Sie kann auch zur Entlastung vom hohen Anspruch an die Gestaltung eines „gelungenen“ Lebensverlaufs beitragen. Denn wenn dieses ignoriert wird, können sich die Menschen offenbar genussvoll der unmittelbaren Gegenwart zuwenden, die eine Vielzahl intensiver „Augenblicksgenüsse“ bietet. Biographische Reflexionen können dann im „Hier und Jetzt“ verfangen bleiben und haben keinen Einfluss auf zukünftiges Handeln.

¹¹ Vgl. Wolfgang Bonß, Risiko und Angst – Zum Funktionswandel der Angst in der Risikogesellschaft, in: SOWI, Sozialwissenschaftliche Informationen, (1992) 2, S. 97 f.

¹² Vgl. z.B. Heiner Keupp, Ambivalenzen postmoderner Identität, in: Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hrsg.), Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt/M. 1994, oder Wilhelm Heitmeyer, Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Frankfurt/M. 2004.

Gero Neugebauer

Die Unterschicht und die Parteien

Auf die Meldungen über den „3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ reagierten Parteienvertreter zwar auf unterschiedliche Weise, aber sie schienen sich in einem Punkt einig zu sein, nämlich nicht über die konkreten sozialen Situationen zu sprechen, die sich hinter den Zahlen verbargen. Das ähnelte der Situation im Herbst 2006, als der SPD-Vorsitzende Kurt Beck von „Unterschichten“ sprach und damit eine zeitweilig heftige Diskussion darüber auslöste, ob es in Deutschland überhaupt eine Unterschicht gebe. Die meisten Beteiligten führten diese Diskussion unter falschem Vorzeichen. Typisch dafür war die Aussage des SPD-Politikers Franz Müntefering, der öffentlich be-

kannte, in Deutschland keine Unterschicht zu kennen. Er musste sich die Aufforderung gefallen lassen, er solle doch mal einen Lebensmittel-Discounter oder eine Fußgängerzone aufsuchen.¹ Als deutlich wurde, dass der Anlass der Diskussion kein Sozialreport, sondern die Bezeichnung eines bestimmten Typs eines politischen Milieus war, versandete diese rasch. Dabei bot die repräsentativ angelegte Untersuchung der deutschen Wählerschaft² ausreichendes Material, um die unterschiedlichen Dimensionen des Verhältnisses zwischen Parteien und Gesellschaft sowie die Akzeptanz der Politik in den unteren Schichten zu erkennen. Denn ein erstes Ergebnis war, dass die Bevölkerung vor dem Hintergrund einer allgemeinen Verunsicherung erhebliche Erwartungen an die Politik, das heißt an Staat und Parteien hatte; ein zweites, dass ein nicht unerheblicher Teil der Wahlberechtigten sich mehr oder weniger von der Politik abgewendet, das Vertrauen in sie und

Gero Neugebauer

Dr. rer.pol., geb. 1941; Politikologe am Otto-Stammer-Zentrum, FU Berlin,

Uhnenstr. 26, 14195 Berlin.

gerosofo@zedat.fu-berlin.de

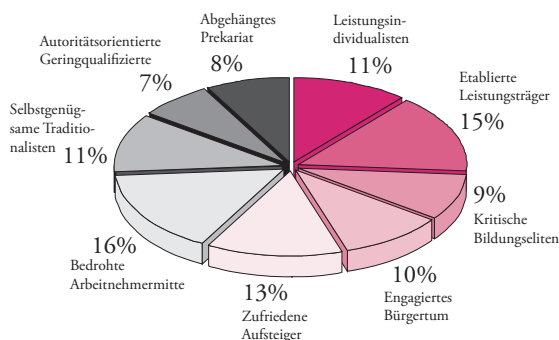
¹ So der Soziologe Sighard Neckel, zit. nach Frankfurter Rundschau vom 20. 10. 2006.

² Vgl. Gero Neugebauer, Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007.

die Parteien verloren und, sofern sie nicht bereits Nichtwähler geworden waren, sich zunehmend Parteien des linken oder rechten Flügels des deutschen Parteiensystems zugewandt hatte.

Die Ermittlung der politischen Milieus erfolgte nicht wie die der sozialen Milieus auf der Grundlage soziostruktureller Faktoren und lebensweltlicher Kriterien, sondern auf Basis politischer und anderer Einstellungen in drei Wertekonflikten.¹³ Neun Milieus wurden ermittelt und definiert (*Grafik*):¹⁴

Grafik: Politische Milieus



Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, Juni 2006, zit. nach G. Neugebauer (Anm. 2), S. 69.

Erst nachdem die neun politischen Milieus identifiziert waren, wurden sie auf sozialstrukturelle Merkmale, politische Orientierungen und anderes hin untersucht und beschrieben.¹⁵

„Drei-Drittel-Gesellschaft“

Die neun Milieus lassen sich zu drei Gruppen zusammenfassen, die jeweils ungefähr ein Drittel der Gesellschaft ausmachen. Es kann daher in Abgrenzung zu dem gängigen Begriff der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ von einer „Drei-Drittel-Gesellschaft“ gesprochen werden, wobei das obere „Drittel“ 45 Prozent, das mittlere „Drittel“ 29 und das untere „Drittel“ 26 Prozent der Bundesbürgerinnen und -bürger umfasst (*Tabelle 1*).

¹³ a) Liberalismus versus Autoritarismus, b) Soziale Gerechtigkeit versus Marktfreiheit, c) Religiosität versus Säkularität. Vgl. G. Neugebauer (ebd.), S. 68.

¹⁴ TNS Infratest Sozialforschung Juni 2006, in: G. Neugebauer (ebd.), S. 69. Die Angaben in Klammern bezeichnen den jeweiligen Anteil an der deutschen Wählerschaft.

¹⁵ Diese Beschreibungen sind: demographische Schwerpunkte, berufliche Situation und berufliche Orientierung, finanzielle Situation und materielle Orientierung, Lebensbewältigung, Einstellung zu Staat und Gesellschaft Politik und Parteien sowie Wahlverhalten.

Tabelle 1: Die „Drei-Drittel-Gesellschaft“

Die „Drei-Drittel-Gesellschaft“		
Oberes Drittel	Leistungsindividualisten	45 %
	Etablierte Leistungsträger	
	Kritische Bildungseliten	
	Engagiertes Bürgertum	
Mittleres Drittel	Zufriedene Aufsteiger	29 %
	Bedrohte Arbeitnehmermitte	
Unteres Drittel	Selbstgenügsame Traditionalisten	26 %
	Autoritätsorientierte Geringqualifizierte	
	Abgehängtes Prekariat	

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, Juni 2006, zit. n. G. Neugebauer (Anm. 2), S. 69.

Die schichtspezifische Zusammensetzung ist eine wichtige Grundlage für das Konzept der „Drei-Drittel-Gesellschaft“: Im oberen gesellschaftlichen Drittel dominieren die obere Mittelschicht und die Oberschicht und im unteren Drittel die untere Mittelschicht und die Unterschicht.

Der Typ des „Abgehängten Prekariats“ im unteren Drittel fand deshalb besondere Aufmerksamkeit, weil dieses Milieu quasi als Bodensatz der deutschen Gesellschaft, als ihre Unterschicht, angesehen wurde. Als Unterschicht werden jedoch umgangssprachlich soziale Gruppen bezeichnet, deren Angehörige beispielsweise geringe Einkünfte haben, deren Lebensbedingungen wie Wohnsituationen schlecht sind oder die geringe formale Bildungsabschlüsse und demzufolge keine oder nur schlecht bezahlte und oft unsichere Jobs haben und eine Lebensweise pflegen, die sich von der des „Bürgertums“ deutlich unterscheidet. In der Soziologie wird der Begriff „Unterschicht“ wenig gebraucht, in der Alltagssprache dagegen häufiger; die Angehörigen der Mittelschicht verwenden ihn, um sich „nach unten“ abzugrenzen.

Das Heidelberger Sinus-Institut hat Ende 2006 an Hand von vier Kriterien ermittelt, dass 3,9 Millionen Deutsche im Alter ab 14 Jahren zur sozialen Unterschicht zu rechnen sind. Es hat mit seiner Definition verdeutlicht, dass es zwar Schnittmengen zwischen dem „Abgehängten Prekariat“ im unteren Drittel der Gesellschaft und der sozialen Unterschicht gibt, beide aber nicht identisch – und prekäre Situationen auch in anderen Milieus zu finden sind.¹⁶

¹⁶ Danach gehören sechs Prozent der deutschen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren (3,9 Mio.) zur „Un-

Prekariat bezieht sich auf Prekarität. Damit beschreibt der französische Soziologe Pierre Bourdieu die Situation von Menschen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Hierzu zählen Zeitarbeit, Leiharbeit, Teilzeit- oder befristete Jobs, Praktika oder auch Scheinselbstständigkeit. Diese Beschäftigungsverhältnisse gibt es in den verschiedensten Bereichen: in den Medien, im Kulturbetrieb, in der Wissenschaft oder in verschiedenen Branchen des Dienstleistungsgewerbes, aber auch im produzierenden Gewerbe. Die Betroffenen haben zwar einen Arbeitsplatz oder Auftrag, aber sie sind, und das macht die Prekarität aus, ohne Gewissheit und Verfügungsmacht über ihre Zukunft.

TNS Infratest Sozialforschung hat diese, auf die gefährdete berufliche Existenz bezogene Bezeichnung verwendet, um einen Milieutyp zu beschreiben, dessen Angehörige ein bestimmtes Gefühl über ihre Lebenslage kennzeichnet. Der neue Begriff des „Abgehängten Prekariats“ bezeichnet somit einen Typ eines politischen Milieus, der in erster Linie durch Einstellungen und Werte und erst in zweiter Linie durch sozialstrukturelle Merkmale konstituiert wird. Insofern ist ein politisches Milieu etwas anderes als ein soziales Milieu¹⁷ und das „Abgehängte Prekariat“ trotz seiner Lage im unteren Drittel der Gesellschaft nicht mit „Unterschicht“ gleichzusetzen.¹⁸

terschicht“. Der Anteil in den ostdeutschen Bundesländern liegt bei 10 Prozent (rund 1,2 Mio.) und in den westdeutschen Bundesländern bei fünf Prozent (2,7 Mio.). Die Kriterien sind: Nettoeinkommen pro Person im Haushalt unter 600 €, Schulbildung nicht höher als Volks-/Hauptschule bzw. polytechnische Oberschule in der DDR, Angehörige der soziokulturell marginalisierten Unterschicht-Milieus (Traditionsverwurzelte, DDR-Nostalgische, Konsum-Materialisten, Hedonisten). Personen in Schul-/Berufsausbildung werden nicht berücksichtigt. Vgl. GfK/Sinus Sociovision, Profile der deutschen Unterschicht. Empirische Erkundungen auf Basis von Daten der Typologie der Wünsche und der GfK Consumer Panels vor dem Hintergrund der Sinus-Milieus, Nürnberg–Heidelberg, Dezember 2006.

¹⁷ Vgl. dazu Stefan Hradil, Soziale Milieus – eine praxisorientierte Forschungsperspektive, in: APuZ, (2006) 44–45, S. 3–9.

¹⁸ Dennoch soll im Kontext des Titels des Beitrags das Wort Unterschicht allgemein auf das untere Drittel und im Einzelfall auf das „Abgehängte Prekariat“ bezogen werden.

Die demographischen Schwerpunkte des „Abgehängten Prekariats“ sind:

- ein niedriger gesellschaftlicher Status, 49 Prozent gehören zur sozialen Unterschicht sowie zur unteren Mittelschicht;
- häufig gesellschaftlicher Abstieg, 18 Prozent stammen aus der Oberen Mittelschicht und 6 Prozent aus der Oberschicht;
- eine überwiegend einfache bis mittlere Schulbildung;
- der höchste Arbeitslosenanteil;
- der höchste Anteil an Arbeitern, darunter viele Facharbeiter;
- viele einfache Angestellte sowie
- ein sehr hoher Männeranteil.

Dieses Milieu ist in Ostdeutschland am stärksten vertreten (dort leben rund zwei Drittel der Angehörigen), und insgesamt besonders häufig in Großstädten sowie im ländlichen Raum zu finden.

In diesem Milieu wird die gesamte Lebenssituation als ausgesprochen prekär empfunden. Es herrschen besonders große Zukunftsorgen; die Furcht konzentriert sich darauf, nicht aus der Arbeitslosigkeit herauskommen zu können oder wieder arbeitslos zu werden: Rund 90 Prozent der Erwerbstätigen dieses Milieus befürchten, demnächst ihren Job wieder zu verlieren. Selbst wenn sie aus dem Arbeitslosengeld II (ALG II) wieder in einen Job gekommen sein sollten, bedeutet das für sie keine Sicherheit.¹⁹

Das untere Drittel der Gesellschaft und die Parteien

Die Parteien registrieren in den Milieus der jeweiligen Drittel sowohl Schwerpunkte als auch Repräsentationsmängel (Tabelle 2).

¹⁹ Das Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit Heinrich Alt hat im Juli 2007 angegeben, dass 23 Prozent derjenigen, die den Sprung aus dem ALG II schaffen würden, im ersten Halbjahr 2007 waren das 400 000 Personen, innerhalb von drei Monaten wieder dahin zurück kehren würden Vgl. Katharina Sperber, Schöne Welt der Statistik, in: Frankfurter Rundschau vom 26. 7. 2007.

Tabelle 2: Parteianhänger^a nach dem Konzept der „Drei-Drittel-Gesellschaft“ (Spaltenprozent)

	CDU/ CSU	SPD	FDP	B90/ Grüne	LP/ PDS	REX	NW
Oberes Drittel ^b	46	45	57	74	36	23	36
Mittleres Drittel ^c	32	30	23	17	31	19	28
Unteres Drittel ^d	23	24	20	10	33	57	35

REX = DVU/NPD/REP; NW = Nichtwähler.

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, Juni 2006, zit. n. G. Neugebauer (Anm. 2), S. 101.

Die Prozentwerte addieren sich rundungsbedingt nicht immer auf 100.

a) Parteipräferenz Bundestagswahl.

b) Leistungsindividualisten, Etablierte Leistungsträger, Kritische Bildungseliten, Engagiertes Bürgertum.

c) Zufriedene Aufsteiger, Bedrohte Arbeitnehmermitte.

d) Selbstgenügsame Traditionalisten, Autoritätsorientierte Geringqualifizierte, Abgehängtes Prekariat.

Die Verteilung der Parteianhänger zeigt, dass das untere Drittel insgesamt keine Domäne der Partei Die Linke, sondern der rechtsextremen Parteien ist, und dass in den beiden Milieus, deren Angehörige sich nicht als abgehängt betrachten, der Union mehr Zustimmung entgegengebracht wird als der SPD. Das unterscheidet sich jedoch von Milieu zu Milieu, wie es der spezifische Blick auf die einzelnen Milieus des unteren Drittels deutlich macht. Dort verteilen sich die Parteianhänger wie in *Tabelle 3* dargestellt:

Tabelle 3: Parteianhänger^a nach politischen Milieus (Spaltensortierung)

	CDU/ CSU	SPD	FDP	B90/ Grüne	LP/ PDS	REX	NW
Selbstgenügsame Traditionalisten	13	12	5	6	6	8	13
Autoritätsorientierte Geringqualifizierte	6	7	6	-	4	8	7
Abgehängtes Prekariat	4	5	9	4	23	41	15

REX = DVU/NPD/REP; NW = Nichtwähler.

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, Juni 2006, zit. n. Neugebauer (Anm. 2), S. 100.

a) Parteipräferenz Bundestagswahl.

Bei dieser Betrachtung fallen einige Besonderheiten auf. In dem Milieu, das eher der unteren Mittelschicht zuzurechnen ist, finden die beiden großen Parteien noch eine relativ hohe Zustimmung. Demgegenüber haben sie im Autoritätsorientierten Milieu jeweils weniger Anhänger als die rechtsextremen Parteien; die Grünen bekommen dort „keinen Fuß auf die Erde“.

Für das Abgehängte Prekariat spielen CDU/CSU und SPD faktisch keine Rolle; da ist diesen sogar die FDP überlegen. Hier dominieren die Anhänger der Rechts-extremen und der Linken.

Die Verteilung der Parteianhänger auf die Milieus zeigt, welcher Anteil der Partei welchem Milieu zuzurechnen ist; die Zusammensetzung der Milieus nach Parteianhängern erklärt, wie ein Milieu nach Parteianhängern strukturiert ist. Dieser Blick ist allerdings stark durch die Größenverhältnisse der Parteien im Bundesdurchschnitt bestimmt, das heißt, größere Parteien haben eben größere Anteile (*Tabelle 4*).

Tabelle 4: Politische Milieus des unteren Drittels nach Parteianhängern^a (Zeilenprozent)

	CDU/ CSU	SPD	FDP	B90/ Grüne	LP/ PDS	REX	NW
Selbstgenügsame Traditionalisten	35	25	2	4	6	1	12
Autoritätsorientierte Geringqualifizierte	31	28	4	-	7	2	13
Abgehängtes Prekariat	14	13	4	3	28	8	18

REX = DVU/NPD/REP; NW = Nichtwähler.

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, Juni 2006, zit. n. Neugebauer (Anm. 2), S. 103.

Fehlende Werte zu 100: sonstige Parteien, weiß nicht.

a) Parteipräferenz Bundestagswahl.

Diese Struktur zeigt, dass die Union die stärkste Partei bei den Selbstgenügsamen Traditionalisten – dort hat sie eine relative Vormachtstellung – und bei den Autoritätsorientierten Geringqualifizierten ist; der Vorsprung vor der SPD ist da eher bescheiden. Die Linke wiederum ist die stärkste Partei im Abgehängten Prekariat; nur hier hat sie eine relative Vormachtstellung. In diesem Milieu ist das Lager der Nichtwähler stärker als in den beiden anderen Milieus, und zugleich ist der Abstand zwischen Union und SPD am geringsten, während er bei den Selbstgenügsamen Traditionalisten zehn Prozent beträgt. Die SPD hat in keinem der Milieus des unteren Drittels eine Mehrheitsposition.

Während sich in den Milieus im oberen sowie im mittleren Drittel eher positiv gestimmte Einstellungen zur Politik und zu den Parteien finden, wird im unteren Drittel die Enttäuschung über das Handeln der Parteien stärker sichtbar. Dort zeigen sich einige Übereinstimmungen und zugleich deutliche Differenzen hinsichtlich der Fragen des politischen und des Wahlverhaltens sowie der Einstellungen zur Politik und zu den Parteien.

So wurde im Abgehängten Prekariat der höchste Nichtwähleranteil bei der Bundestagswahl 2005 verzeichnet. Es gab bei den Wählerinnen und Wählern deutliche Präferenzen für linke bzw. rechte Randparteien. Die Linkspartei/PDS erhielt einen Anteil von 26 Prozent der Zweitstimmen, rechtsextreme Parteien noch 6 Prozent und damit mehr, als das Gesamtergebnis auswies. 2005 errang die SPD den höchsten Stimmenanteil (32 %) und das Ergebnis für die Union (26 %) verweist auf ihr gegenüber bestehende Vorbehalte. Doch seither sind ausweislich der Umfragen nach der Wahlbereitschaft („Sonntagsfrage“) Verluste für die SPD und ein sprunghafter Anstieg für Die Linke sowie für rechtsextreme Parteien zu verzeichnen. Die Parteineigungen sind unterdurchschnittlich und gelten vor allem der Partei Die Linke, aber auch der SPD.

Angehörige des Milieus der Autoritätsorientierten Geringqualifizierten stimmten bei der letzten Bundestagswahl mehrheitlich für konservative bürgerliche Parteien (55 %, für die CDU/CSU allein 49 %) und zeigten noch eine gewisse Offenheit für die SPD (36 %); die größte Distanz herrschte gegenüber den Grünen (0 %). Die Wahlbeteiligung war leicht unterdurchschnittlich und hinsichtlich der Wahlteilnahme herrschte große Unentschiedenheit. Die langfristige Parteineigung ist durchschnittlich und gilt besonders häufig der SPD.

Auch die Selbstgenügsamen Traditionalisten, waren auf die Volksparteien fixiert: 49 Prozent votierten für die CDU/CSU und 40 Prozent für die SPD. Zugleich gab es einen hohen Anteil von Nichtwählern, eine ausgeprägte Unsicherheit hinsichtlich der Parteipräferenz und starke Zweifel daran, ob es bei der nächsten Wahl zu einer Beteiligung kommen würde. Die Unsicherheiten hinsichtlich der Parteipräferenz wirkten sich nachteilig für die SPD aus. In diesem Milieu existieren starke Parteibindungen vor allem an die Union, aber auch an die SPD.

Differenzen zwischen den Milieus des unteren Drittels zeigen sich ebenfalls im institutionalisierten politischen Engagement, im Politikinteresse sowie im politischen Kommunikations- und Teilhabeverhalten (Tabelle 5).

Tabelle 5: Mitgliedschaft in Parteien, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen (BI) und Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) in den politischen Milieus des unteren Drittels der deutschen Wählerschaft (in Prozent)

Politisches Milieu	Mitglied in einer . . .			
	Partei	Gewerkschaft	BI	NGO
Selbstgenügsame Traditionalisten	2	11	3	3
Autoritätsorientierte Geringqualifizierte	3	13	2	-
Abgehängtes Prekariat	2	16	1	2
Alle Befragten	4	11	3	4

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, Juni 2006, zit. nach G. Neugebauer (Anm. 2), S. 98.

Die Mitgliedschaft in Parteien ist in allen Milieus des unteren Drittels unterdurchschnittlich. Das gilt, mit Ausnahme der Selbstgenügsamen Traditionalisten, auch für die Mitgliedschaften in Bürgerinitiativen sowie in Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs). Dass in zwei der Milieus die Anteile an Gewerkschaftsmitgliedern leicht sowie deutlich überdurchschnittlich sind, erklärt sich mit den hohen Anteilen an Arbeitern, sowohl Ungelernten (Autoritätsorientierte Geringqualifizierte) als auch Facharbeitern (Abgehängtes Prekariat), und einfachen Angestellten in diesen Milieus. Der hohe Anteil von Rentnern im Milieu der Autoritätsorientierten Geringqualifizierten könnte sowohl die fehlende Akzeptanz für die Bündnisgrünen als auch für eine Mitgliedschaft in einer NGO verständlich machen.

Im Abgehängten Prekariat sind das Politikinteresse sowie das politische Kommunikations- und Teilhabeverhalten unterdurchschnittlich, und die Distanz zu Parteien und Politikern ist groß. Das gilt auch für die Autoritätsorientierten Geringqualifizierten, die zudem wenig Interesse an Politik und an politischer Kommunikation sowie an einem gesellschaftspolitischen Engagement haben. Die Selbstgenügsamen Traditionalisten sind ausgesprochen politikfern und zeigen ein unterdurchschnittliches politisches Interesse sowie Kommunikations- und Teilnahmeverhalten. Viel Staat ist mit den Parteien in diesen Milieus nicht zu machen.

Die Einstellungen zur Politik geben Aufschluss über Faktoren, welche die Haltungen zum politischen System, zur Politik und zu den Parteien erklären. Für das Abgehängte Prekariat mit seinem Anteil von 25 Prozent an der Wählerschaft in Ostdeutschland, acht Prozent sind es bundesweit, gilt die Angleichung der Lebensbedingungen in West- und Ostdeutschland als vorrangige politische Aufgabe. Dort steht man der Idee des Sozialismus eher positiv gegenüber und die Demokratie wird seltener als beste Regierungsform

bezeichnet. Mit der Arbeit der Großen Koalition ist man besonders unzufrieden. Es wird große Skepsis gegenüber den Reformen geäußert und der Verlust der sozialen Sicherheit in Deutschland befürchtet. Angehörige dieses Milieus fühlen sich von bisherigen Reformen am stärksten benachteiligt und fordern häufiger Reformpausen. Da kann es wenig erstaunen, dass sich 39 Prozent des Abgehängten Prekariats zu den Verlierern der gesellschaftlichen Entwicklung zählen; im Durchschnitt aller Befragten sind es 14 Prozent.^{I¹⁰}

Im Milieu der Autoritätsorientierten Geringqualifizierten dominiert ein materielles Politikverständnis. Auch hier wird der Sozialismus für eine gute Idee gehalten, was sich jedoch nicht in einer hohen Zustimmung für Die Linke niederschlägt. An die Große Koalition hat man geringe Erwartungen. Auch die Angehörigen dieses Milieus wünschen häufiger Reformpausen, weil Reformen primär als nachteilig empfunden werden. Die Bereitschaft zu finanziellen Einschränkungen als Beitrag zur Sicherung der Sozialsysteme ist gering.

Die Selbstgenügsamen Traditionalisten haben wenig Zutrauen in die Problemlösungskompetenz der Politikerinnen und Politiker und große Probleme damit, deren Sprache zu verstehen. Sie sind durchschnittlich zufrieden mit der Arbeit beider Parteien der Großen Koalition, glauben allerdings weniger an eine positive Entwicklung Deutschlands und an den Erfolg der eingeleiteten Reformen. Wie das Abgehängte Proletariat und die Autoritätsorientierten Geringqualifizierten empfinden sie Nachteile durch die Reformen und plädieren deshalb für eine niedrigere Gangart oder sogar für deren Aussetzung. Innerhalb dieses Milieus befinden sich die Gruppen, die nichts gegen entsprechende Aussagen aus der Politik einwenden.

Aussagen von Angehörigen der Milieus des unteren Drittels

Die Ergebnisse der repräsentativen Untersuchungen werden durch Aussagen von Angehörigen sozialer Gruppen, die zum unteren Bereich der deutschen Gesellschaft gehören, bestätigt. Es zeigt sich, dass das Bild der Par-

^{I¹⁰} TNS Infratest Sozialforschung, Juni 2006, zit. nach G. Neugebauer (Anm. 2), S. 85.

teien insgesamt stark von Stereotypen und negativen Vorurteilen geprägt ist, während einzelne Politikerinnen und Politiker oft freundlicher beurteilt werden. Häufig wird die Meinung vertreten, Politiker lebten in eigenen Welten, weshalb die Politik nicht mit der Wirklichkeit übereinstimme, in der die Menschen leben. Politik sei eben „nicht in das normale gesellschaftliche Leben integriert“.^{I¹¹} Daher sei es auch kein Wunder, dass Politiker „wie Blinde von der Farbe [sprechen]. Die müssten mal ein Realitätspraktikum machen.“^{I¹²} Da die Parteien keine Antworten auf die drängenden Probleme hätten, die gelöst werden müssen, meint man: „Die Parteien sind in ihrer Entwicklung so zurückgeblieben, dass sie keine Antwort auf die Themen haben, die uns wirklich bewegen.“^{I¹³}

Solche Haltungen illustrieren – neben den Erkenntnissen über politisches Engagement, über Wahlverhalten und über Einstellungen zur Politik – ein weiteres Problem im Verhältnis von Parteien zu den unteren Schichten: Beziehungen zwischen einer Partei und ihren Wählern und Anhängern werden durch langfristige wie durch kurzfristige Faktoren bestimmt. Zu den langfristigen Faktoren zählen beispielsweise Parteibindungen und programmatische Orientierungen, zu den kurzfristigen beispielsweise Einschätzungen des Verhaltens der Parteieliten in bestimmten aktuellen Situationen und Konflikten sowie Bewertungen der Leistungsfähigkeit der Parteien oder führender Personen.

Die Situation wird für die Parteien bzw. die Politik dann kritisch, wenn die Diskrepanzen zwischen Erwartungen an die Politik einerseits und deren Erfüllung andererseits stark auseinanderklaffen. Wenn sich dazu eine gesellschaftliche Stimmung gesellt, die durch Verunsicherung, Ängste vor der Zukunft und vor Armut infolge eines sozialen Absturzes sowie durch Orientierungslosigkeit geprägt ist und in der trotz steigenden Wohlstandes und reduzierter Arbeitslosigkeit – wenn auch in einem geringeren Maß als offiziell verkündet^{I¹⁴} – mehrheitlich das Gefühl wächst, dass

^{I¹¹} Ebd., S. 44.

^{I¹²} Ebd.

^{I¹³} Ebd.

^{I¹⁴} Tatsächlich müssten ca. 1,5 Mio. erwerbsfähige Menschen, die statistisch aus der Zahl herausgerechnet werden oder nicht registriert sind, aber arbeitslos sind und Arbeit suchen, hinzugezählt werden. Vgl. Nina

die Politik nicht gerecht verfährt und der Einzelne keinen oder nur einen geringen Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung hat, dann werden davon die Einstellungen zur Politik und zu den Parteien beeinflusst.

Die Leistungsfähigkeit der Politik wird in Deutschland allgemein kritisch eingeschätzt. So kritisieren 68 Prozent der Befragten, dass sich die Politikerinnen und Politiker zu wenig um die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger kümmern. 66 Prozent glauben, dass nicht diese, sondern letztlich die großen Konzerne bestimmen würden, wo es lang gehe. 55 Prozent geben an, die Sprache der Politiker sei unverständlich, und 56 Prozent stimmen der Aussage zu, dass es egal sei, welche Partei man wähle, da sich doch nichts ändere. Zwar meint eine Mehrheit von 57 Prozent, dass die Politik sich bemühe, die bestehenden Probleme zu lösen, aber lediglich 51 Prozent vertreten die Auffassung, dass sie das trotz derer Kompliziertheit könne.¹⁵

Die Erwartungen an die Parteien sind ganz eindeutig. Quer durch alle Milieus wird die Auffassung vertreten, dass Parteien einen direkten Beitrag zum Niveau der Lebensführung zu leisten hätten. Zwischen 67 und 79 Prozent der drei Milieus des unteren gesellschaftlichen Drittels und 65 bzw. 69 Prozent der beiden Milieus des mittleren Drittels stimmen der Aussage zu, „Letztendlich messe ich eine Partei daran, was sie tut, um meinen persönlichen Lebensstandard zu sichern bzw. zu verbessern“. Im oberen Drittel bekundet eine knappe Mehrheit der „Leistungsindividualisten“ (55 %) und der „Etablierten Leistungsträger“ (51 %) materielle Einstellungen gegenüber den Parteien, während die „Kritischen Bildungseliten“ und das „Engagierte Bürgertum“ mit nur 33 bzw. 44 Prozent Zustimmung vergleichsweise starke nicht-materielle Erwartungen gegenüber den Parteien hegen.¹⁶

Reaktionen der Parteien

Angeichts ihrer materiellen Situation sowie der persönlichen Zukunftserwartungen vieler

Bovensiepen/Sybille Haas, Trickserien mit Traditionen, in *Süddeutsche Zeitung* vom 27. 5. 2008, S. 6.

¹⁵ Vgl. G. Neugebauer (Anm. 2), S. 30.

¹⁶ Die durchschnittliche Zustimmung beträgt 60 %. Vgl. ebd., S. 31.

Angehöriger der Milieus im unteren Drittel ist die hohe Zustimmungsquote zu der oben genannten Aussage nicht weiter erstaunlich. Diese Milieus signalisieren den Parteien damit bestimmte Hoffnungen, die von diesen jedoch lediglich mit allgemeinen Aussagen wie der, dass alle am Aufschwung oder am Wohlstand teilhaben sollten, beantwortet werden. Auch Forderungen wie beispielsweise solche nach einer längerer Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I, nach höheren Unterstützungen für die Empfänger von Arbeitslosengeld II sowie nach der Einführung von Mindestlöhnen oder höheren Renten zum Schutz vor Altersarmut sind in den Milieus, wenn auch unterschiedlich stark, populär. Wenn die Parteien darauf antworten, dann tun sie das oft mit symbolischen Gesten – Verlängerung des Arbeitslosengeldes I (SPD), Zusage eines höheren Rentenbezugs trotz geringer Einzahlung nach Prüfung des Einzelfalls (CDU) – oder, wenn sie in der Opposition sind, mit populistischen Vorschlägen zur Erfüllung dieser Wünsche (Aufhebung von Hartz IV, Rückkehr zur alten Rentenformel – Die Linke). Beide Reaktionen tangieren die Glaubwürdigkeit der Parteien, denn die einen wie die anderen Antworten stellen keine Alternativen oder grundsätzliche Problemlösungen dar. Oder die Parteien legen Vorschläge – wie gegenwärtig – zur Steuer- und Abgabepolitik vor, von denen angenommen wird, sie würden sich auf Forderungen zur Verbesserung der Lage der unteren Schichten beziehen. Tatsächlich jedoch bedienen sie damit je nach Zielrichtung unterschiedliche soziale Gruppen und Schichten, seltener jedoch die Menschen, die zu den Einkommensschwachen im unteren Drittel des unteren Drittels der deutschen Gesellschaft gehören und die weniger von niedrigen Steuern, sondern mehr von der Senkung von Abgaben profitieren würden. Dazu gesellt sich das Problem der Kommunikation. Zum einen gehören weder „Unterschicht“ noch „Prekariat“ zum Vokabular der Parteien; in deren Programmen wird von „sozial Benachteiligten“ gesprochen, deren Lage verbessert – oder zumindest nicht verschlechtert werden soll. Zum anderen wird in der Regel im Kontext des herrschenden Reformverständnisses nicht auf die grundsätzliche Dimension der Kritik geantwortet, nämlich auf die Frage, welcher Staat und wie viel Staat erforderlich ist, um welche Reformen zu wessen Nutzen durchzuführen. Zwar sind es gerade die Milieus des unteren

Drittels, die eine aktive Rolle des Staates bei der Sicherung ihrer sozialen Situation fordern, die den Eingriff des Staates in die Wirtschaft verlangen, aber sie sind es nicht allein. Die Einstellung, dass beispielsweise die Politik den Wohlfahrtsstaat bewahren bzw. wieder herstellen sollte, findet sich auch in den Milieus des mittleren und oberen Drittels. Denn es wäre unzutreffend, nur im Zusammenhang mit dem unteren Drittel von Exklusion, Desintegration, Prekarität oder Modernisierungsverlusten zu sprechen und vom Rest der Gesellschaft anzunehmen, es handle sich bei diesem um zufriedene Gewinner der sozioökonomischen und politischen Entwicklung. Vielmehr sind längst auch die Milieus des mittleren und teilweise sogar die des oberen Drittels durch den wirtschaftlichen und technologischen Wandel und die damit verbundenen Risiken – jedenfalls gefühlsmäßig – unter Druck geraten, weshalb sich auch dort Verunsicherung, Gefühle der Benachteiligung und der Exklusion finden.

Somit wird der Zustand des Verhältnisses zwischen den Parteien – die noch Teile ihrer sozialen Basis in den unteren Schichten der deutschen Gesellschaft haben – und diesen Schichten durch mehrere Rahmenbedingungen bestimmt; dazu gehört die Konkurrenz der Schichten um Leistungen von Seiten der Politik. Die unteren Schichten reagieren auf die Haltung der großen Parteien in dieser Frage ganz eindeutig: Sie entziehen ihnen, insbesondere der SPD, ihre Gunst. Die großen Parteien, das zeigen Analysen der Bundestags- sowie der Landtagswahlen seit 1998, verlieren in den unteren Schichten mehr und mehr an Zustimmung. Insbesondere im Abgehängten Prekariat wächst die Neigung, entweder überhaupt nicht wählen zu gehen oder sich linken wie rechten Parteien zuzuwenden, um diese als Vehikel für ihren Protest und Agenten ihrer Interessen zu nutzen. Diese Entwicklung wird dadurch gefördert, dass sich insbesondere bei den Menschen dieses Milieus die Erkenntnis verbreitet, mit ihren Wünschen von der Politik nicht wahrgenommen oder sogar vorsätzlich ignoriert zu werden.¹⁷ Die zunehmende Diskrepanz zwi-

schen angekündigten Vorhaben der Parteien einerseits und den tatsächlichen Leistungen andererseits führt zur verstärkten Kritik an den Parteien, zu Parteien- und Politikverdruss und im weiteren zur Kritik an der Leistungsfähigkeit des demokratischen Systems. Auf diese Weise schaffen die Parteien – entsprechend der weit verbreiteten Auffassung, dass Wahlen in der Mitte der Gesellschaft gewonnen werden würden – die Voraussetzungen dafür, dass Politikverdruss in Systemverdruss umschlagen kann. Sie tragen somit dazu bei, die Legitimität der Grundlagen des Systems, in dem sie agieren, zu beschädigen. Ihre rechten wie linken Konkurrenten, die davon leben, dass sie sich der sozialen Widersprüche in dieser Gesellschaft annehmen und meinen, sie mit relativ schlichten Maßnahmen auflösen zu können, profitieren zwar zeitweilig von diesen Stimmungen und Haltungen, können aber grundsätzlich kein Interesse an deren Veränderung haben, da sie sich dann der Grundlagen berauben würden, die sie begünstigen. Deshalb ist es für alle demokratischen Parteien wichtig zu begreifen, dass sie zu einer Politik verpflichtet sind, die gesellschaftlich integrativ und gegen soziale Resignation wirkt, die sozial gerecht ist und zur Aufhebung der sozialen Spaltung beiträgt. Zwar bedeutet das auch, Forderungen aus den mittleren und oberen Schichten, in denen in der Regel noch Ressourcen zur Bewältigung partieller kritischer Situationen vorhanden sind, zu Gunsten der unteren Schichten zurück zu weisen. Da diese Schichten in allen Parteien die Zusammensetzung der Eliten dominieren,¹⁸ wird sich diese Erwartung kaum erfüllen, obwohl das grundsätzliche Interesse der Parteien im Wettbewerb berührt wird, Wählerinnen und Wähler zu halten. Die Tatsache, dass gegenwärtig fast alle Parteien Wähler aus den unteren Schichten an eine andere Partei verlieren, kann jedoch kein hinreichendes Motiv für die Zuwendung zu den Problemen der Menschen in den unteren Schichten sein. Dieses sollte durch die Erkenntnis bestimmt sein, dass Reformpolitik integrativ und innovativ wirken, das heißt institutionelle, materielle und soziale Voraussetzungen für die uneingeschränkte Zugehörigkeit zur Gesellschaft und Gelegenheiten zur Entwicklung individueller Fähigkeiten – für beides sind Arbeit und Bildung zentrale Politikfelder – auf der Grundlage eines differenzierten Verständnisses von sozialer Gerechtigkeit schaffen muss. Deshalb sollten die Parteien den unteren Schichten ihr Gesicht – nicht den Rücken – zuwenden.

¹⁷ Die enorme Erwartungshaltung gegenüber Politikern und Parteien, die diese oft durch großsprecherische Ankündigungen beispielsweise über Reformziele verursachen, verträgt sich allerdings kaum mit der – aus den Ergebnissen der Studie erkennbaren –

kritischen Bewertung der Leistungsfähigkeit und des Handlungsspielraums der Parteien und Politiker.

¹⁸ Vgl. Heiko Biehl, Die Dominanz der Akademiker, in: *Vorgänge*, 4 (2007), S. 15–23.

APuZ

Nächste Ausgabe 35–36/2008 · 25. August 2008

Migration in Europa

Mely Kiyak

Europa: Die Villa mit fünf Sternen

Jürgen Gerhards · Silke Hans

Die Grenzen Europas aus der Perspektive der Bürger

Petra Bendel

Europäische Migrationspolitik: ein stimmiges Bild?

Michael Bommes

Einflüsse von Migration auf die Zielgesellschaft

Peter Jurczek · Michael Vollmer

Ausbildung und Migration in Ostmitteleuropa

Barbara Dietz

Die Ukraine im europäischen Migrationssystem

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Hans-Georg Golz
Johannes Piepenbrink
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 9 95 15-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung *Das Parlament*
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Klaus Dörre

3–6 Armut, Abstieg, Unsicherheit

Die „groben“ sozialen Unterschiede zwischen Klassen und Schichten gewinnen wieder an Bedeutung. Obwohl die Ungleichheiten in Deutschland noch immer weit geringer ausgeprägt sind, als in den angelsächsischen Kapitalismen, ist Verunsicherung zur dominanten gesellschaftlichen Grundstimmung geworden.

Nicole Burzan

6–12 Die Absteiger: Verunsicherung in der Mitte der Gesellschaft

Prekäre Lebensverhältnisse gibt es zunehmend auch in der gesellschaftlichen Mitte. Es wird untersucht, was diese „Mitte“ kennzeichnet, bevor der Blick auf Abstiegsprozesse und den Zusammenhang mit subjektiven Verunsicherungen gerichtet wird und Konsequenzen für die Ungleichheitstheorie angeregt werden.

Berthold Vogel

12–18 Prekarität und Prekariat – Signalwörter neuer Ungleichheiten

Prekarität und Prekariat sind Signalwörter neuer Ungleichheiten, deren Ausgangspunkte in Veränderungen der Arbeitswelt liegen. Damit sind Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der politischen Gestaltung des Sozialen angesprochen. Die Baugesetze der (Arbeits-)Gesellschaft stehen zur Diskussion.

Peter Bescherer · Silke Röbenack · Karen Schierhorn

19–24 Nach Hartz IV: Erwerbsorientierung von Arbeitslosen

Die apathische „Unterschicht“ gibt es nicht. Gemeinsam ist den verschiedenen Gruppen nur die Orientierung auf reguläre Erwerbsarbeit. Die aktivierende Arbeitsmarktpolitik reflektiert das nicht zureichend und stellt durch die Homogenisierung der Leistungsbezieher spannungsgeladene soziale Nachbarschaften her.

Helga Pelizäus-Hoffmeister

25–31 Unsicherheiten im Lebensverlauf um 1900 und um 2000

Unsicherheiten im Lebensverlauf werden heute als sehr viel tief greifender und umfassender wahrgenommen als in früheren Zeiten. Damit einher geht die Vermutung geringerer eigener Kontrollmöglichkeiten bei gleichzeitig gestiegener individueller Verantwortung für die eigene Lebensplanung.

Gero Neugebauer

31–38 Die Unterschicht und die Parteien

Die Ergebnisse einer Analyse der politischen Strukturen und Einstellungen im unteren Drittel der deutschen Gesellschaft sollten die Parteien veranlassen, integrative Politik gegen soziale Ausgrenzung zu setzen. Es gilt, die sozialen Voraussetzungen für die uneingeschränkte Zugehörigkeit zur Gesellschaft zu schaffen.